



Anträge



Ordentlicher Landesparteitag der SPD Niedersachsen
Samstag, 29. Mai 2010
STADEUM, Stade

o. SPD-Landesparteitag
Stade 29. Mai 2010
Antragsübersicht

Nr.	Antragsteller	Thema	Berichterstatt-erIn für die Antragskommission	Empfehlung der Antragskommission
A1	SPD-Landesvorstand	Leitantrag „Niedersachsen kann mehr“	Daniela Behrens	Annahme
A2	SPD-Landesvorstand	Die SPD in Niedersachsen	Daniela Behrens	Annahme in der geänderten Fassung
A3	SPD- OV Buchholz i.d.N.	Kinder mit Migrationshintergrund erhalten ab der 1. Klasse Unterricht im Fach Deutsch als erste Fremdsprache	Jürgen Beckmann	Material an die Landtagsfraktion
A4	SPD- OV Buchholz i.d.N.	Kostenloses Mittagessen	Axel Brammer	Annahme in der geänderten Fassung
A5	SPD Juso-Landesvorstand	Rechtsanspruch auf einen Masterstudiengang	Peter Befeldt	Überweisung an das Forum „Hochschule, Wissenschaft und Forschung“
A6	SPD Juso-Landesvorstand	Wissenschaftspolitik progressiv verändern	Peter Befeldt	Annahme der Abschnitte „Wissenschaftspolitik progressiv verändern“ und „Bereich Gruppenuniversität, Demokratie und Mitbestimmung“ in der geänderten Fassung; Überweisung des Abschnittes „Bereich Finanzierung der Hochschulen, der Lehre und Forschung“ an das Forum „Hochschule, Wissenschaft und Forschung“, sofern die prekären Mängel in Hochschule und Forschung beschrieben werden
A7	SPD-OV Kirchrode-Bemerode-Wülferode	Krankes Kind als Sparobjekt ? - Für mehr Beschulung in Krankenhäusern	Astrid Schlegel	Annahme
A8	SPD Juso-Landesvorstand	Neue Energie für eine neue Zeit	Petra Emmerich-Kopatsch	Annahme in der geänderten Fassung
A9	SPD-OV Remlingen	Atomkraft Lüge	Petra Emmerich-Kopatsch	Erledigt durch die Annahme von A 8
A10	SPD-OV Remlingen	Asse II	Petra Emmerich-Kopatsch	Annahme
A11	SPD-Landesvorstand	Leitantrag Kommunalpolitik	Daniela Behrens	Annahme
A12	AsJ-Landesvorstand	Jugendgewalt verhindern – Chancen schaffen	Sören Klose	Annahme
A13	SPD UB Grafschaft Bentheim	Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Leiharbeit neu ordnen	Gabriele Lösekrug-Möller	Erledigt durch Annahme einer Resolution zum Thema
S1	SPD-Landesvorstand	Satzungsänderung	Wolf Kutzer	Annahme in der geänderten Fassung
S2	SPD Juso-Landesvorstand	Änderungsantrag für eine neue Satzung	Wolf Kutzer	Ablehnung

1 **Antrag Nr. A 1**

2

3 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand**

4

5 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

6

7 **Niedersachsen kann mehr.**

8

9 Niedersachsen ist ein schönes Land mit vielen Potenzialen. Vom Harz
10 bis an die Nordsee, vom Emsland bis zur Lüneburger Heide leben die
11 Menschen gerne in unserem Bundesland. Niedersachsen hat alle
12 Chancen ein starkes Bundesland zu werden. Doch diese Chancen
13 werden von der CDU/FDP-Landesregierung nicht genutzt. Nichtstun
14 und Stillstand in der Wirtschaftspolitik, Rückwärtsgang in der
15 Bildungspolitik, Barmherzigkeit statt Teilhaberechte in der Sozialpolitik –
16 das ist die Politik der schwarz-gelben Koalition und ihres
17 Ministerpräsidenten. Ohne politischen Kompass und deshalb ohne
18 Orientierung dominieren Tages- und Symbolpolitik das Bild der
19 Landesregierung - ideenlos, kraftlos und erschöpft.

20 Die SPD in Niedersachsen setzt diesem Tiefschlaf ihre konkreten
21 Konzepte für ein modernes Niedersachsen entgegen, das
22 wirtschaftliche Stärke, soziale Verantwortung, gerechte
23 Bildungschancen und nachhaltigen Klimaschutz zu seinen
24 Markenzeichen macht.

25 **Mehr Dialog wagen**

26 Politik stetig weiterzuentwickeln ist der Anspruch, den Sozial-
27 demokratinnen und Sozialdemokraten in Niedersachsen an ihre Arbeit
28 haben. In den Foren der Landespartei werden Genossinnen und
29 Genossen aus allen Ebenen unserer Partei gemeinsam mit
30 gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden einen intensiven Dialog
31 über die beste Politik für die Menschen in Niedersachsen führen.
32 Jede(r) ist herzlich eingeladen, seine Ideen, Erfahrungen und
33 Kenntnisse auf dem Weg zu einem starken Niedersachsen
34 einzubringen!

35

36 **Unsere Ziele für Niedersachsen**

37

38 **1. Neue Impulse für Arbeit und Wirtschaft:**

39 Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind längst nicht
40 überwunden. Doch statt den Unternehmen jetzt die nötigen
41 Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, werden die „GRW-Mittel
42 (Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen
43 Wirtschaftsstruktur)“ zur einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung erst
44 gekürzt und dann von einem Tag auf den anderen völlig gestrichen.
45 Diese Politik nimmt den Unternehmen jede Planungssicherheit und
46 verhindert dringend notwendige Investitionen. Die SPD-Niedersachsen
47 fordert, diese einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung in voller Höhe
48 beizubehalten, um den Standortwettbewerb, insbesondere mit den hoch
49 geförderten neuen Bundesländern nicht zu verlieren.

50

51 Auch langfristig handelt die Landesregierung konzeptionslos.
52 Niedersachsen braucht aber auch ein umfassendes langfristiges
53 Konzept, das Impulse für Investitionen, nachhaltiges Wachstum und die
54 Sicherung von Beschäftigung gibt.

55 Die SPD-Niedersachsen hat mit ihrem „Niedersachsen-Plan“ die
56 Vorschläge von Frank-Walter Steinmeier aufgegriffen und auf unser
57 Bundesland zugeschnitten: Binnennachfrage stärken und Innovationen

Antragskommission:

Empfehlung:

Annahme

58 fördern, regenerative Energien ausbauen und die besonderen
 59 niedersächsischen Stärken, wie die Gesundheits- und
 60 Mobilitätswirtschaft weiter entwickeln. Unser Ziel ist eine
 61 niedersächsische ökologische Industriepolitik von der auch unsere
 62 Mittelständler profitieren. Das schafft Arbeit und Ausbildung.
 63 Ein gerechtes Bildungssystem, das sozialen Aufstieg ermöglicht, ist
 64 unsere Antwort auf den bevorstehenden Fachkräftemangel. Den
 65 Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir
 66 intensivieren, damit in Niedersachsen als einem Land der
 67 Zukunftstechnologien auch künftig attraktive Arbeitsplätze entstehen.

68
 69 Für die SPD ist Wirtschaftspolitik immer auch Politik für gute Arbeit.
 70 Deshalb werden wir einen Schutzschirm für Arbeitsplätze aufspannen.
 71 Wir wollen dabei Synergieeffekte nutzen. Die Windenergie ist ein
 72 Beispiel dafür, dass Zukunftstechnologien die Wirtschaft voranbringen,
 73 das Klima schützen und gleichzeitig ein Jobmotor sind. Wir kämpfen um
 74 jeden Arbeitsplatz in Niedersachsen und wollen weitere neue,
 75 zukunftsfähige Arbeitsplätze.

- 76
 77 • Wir wollen Leiharbeit konsequent regulieren, damit sie nicht zur
 78 Lohndrückerei missbraucht wird. Für alle Leiharbeiterinnen
 79 und -arbeitnehmer muss nach einer kurzen Einarbeitungszeit der
 80 Grundsatz gelten: gleiches Geld für gleiche Arbeit.
 81 • Wir fordern einen branchenübergreifenden gesetzlichen
 82 Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben
 83 können.
 84 • Wir bekämpfen Tariffucht. Wir wollen ein Tariftreuegesetz für
 85 alle staatlichen Aufträge. Ordentliche Arbeit muss anständig
 86 entlohnt werden. In Deutschland wurde lange Lohnzurückhaltung
 87 geübt. Deshalb müssen die Löhne in den kommenden Jahren
 88 wieder stärker ansteigen.
 89 • Wir verteidigen die betriebliche Mitbestimmung. Gerade in der
 90 Krise haben sich die Vorzüge der Mitbestimmung in Deutschland
 91 gezeigt.

92
 93

94 **2. Erneuerbare Energien: Zukunft ohne Atom**

95 Wir Niedersachsen leiden unter den Konsequenzen einer überholten
 96 und rückwärtsgewandten Energienutzung. Gleichzeitig gibt es kaum ein
 97 anderes Bundesland mit so guten Chancen für den Ausbau der
 98 Erneuerbaren Energien. Auf uns lastet die gesamte bundesdeutsche
 99 Atommüllentsorgung in den niedersächsischen Salzstöcken „Konrad“,
 100 „Asse“ und „Gorleben“ – mit allen katastrophalen Folgen. Dies haben
 101 die Ereignisse im maroden Salzbergwerk „Asse II“ und der fragwürdige
 102 Umgang zum Standort „Gorleben“ gezeigt. Sie stehen exemplarisch für
 103 das Scheitern der Atomenergie. Gleichzeitig haben wir die natürlichen
 104 Ressourcen und die innovativen Unternehmen, die Grundlage für
 105 unsere führende Position bei den Erneuerbaren Energien sind. In
 106 Niedersachsen werden 25 Prozent der in Deutschland produzierten
 107 Leistung aus Windenergie und 26 Prozent im Bereich der Bioenergie
 108 generiert.

109
 110 Die CDU/FDP-Landesregierung beharrt trotzdem auf der
 111 Laufzeitverlängerung für AKW und trödelt beim Ausbau Erneuerbarer
 112 Energien. Für das Jahr 2020 streben sie nur eine 25prozentige
 113 Versorgung aus Erneuerbaren Energien an. So verschenkt Schwarz-
 114 Gelb unsere Zukunft!

115 Für die SPD-Niedersachsen ist klar: Erneuerbare Energien sind ein
 116 Garant für die umweltgerechte und soziale Energieversorgung der
 117 Menschen in Niedersachsen und für zukunftssichere Arbeitsplätze
 118 zugleich. Sie sichern mittel- bis langfristig die Unabhängigkeit von
 119 klimaschädigenden Brennstoffen (Öl und Gas) und werden zu mehr
 120 Preisstabilität auf dem Energiesektor führen.
 121 Für uns bleibt es dabei: Raus aus der Atomkraft! Deshalb gibt es mit
 122 uns keinen Ausstieg aus der Laufzeitbegrenzung für Atomkraftwerke.
 123 Gleichzeitig bestehen wir auf einer ergebnisoffenen bundesweiten
 124 Suche nach einem atomaren Endlager. Unser Ziel ist es, alle
 125 Atomkraftwerke so schnell wie möglich stillzulegen und auch
 126 Kohlekraftwerke durch Erneuerbare Energien zu ersetzen. Bis zum Jahr
 127 2020 wollen wir deshalb 50 Prozent der Bruttostromerzeugung aus
 128 Erneuerbaren Energien gewinnen.

129

130 **3. Zukunft durch Bildung**

131 Eine gute **frühkindliche Bildung** garantiert den Einstieg in eine
 132 erfolgreiche Bildungsbiografie für alle. Deswegen setzt die SPD auf
 133 mehr und bessere Bildungs- und Betreuungsangebote, insbesondere im
 134 Krippenbereich. Wir fordern einen Aktionsplan frühkindliche Bildung.

- 135 • Dabei streben wir eine maximale Gruppengröße von 5
- 136 Kleinkindern pro Erzieherin bzw. Erzieher an.
- 137 • Wir wollen die Erhöhung der Verfügungsstunden für
- 138 Gruppenleitungen auf 12 Stunden und
- 139 • wir wollen die Gruppen in den Kindertagesstätten von 25 auf 20
- 140 Kinder verkleinern. Dabei muss die Integration von Kindern mit
- 141 Behinderungen verbessert werden.

142

143 Für uns ist Bildung eine Investition in die Zukunft jedes Einzelnen und in
 144 die Gesellschaft. Deshalb lehnen wir die Sparpläne der
 145 Landesregierung für die **Schulen** ab. Wir wollen die Einsparpotenziale
 146 durch sinkende Schülerzahlen im System lassen und für die
 147 Verbesserung der Qualität nutzen: Für kleinere Klassen, für die
 148 Entlastung von Schulleitungen, für mehr Schulsozialarbeit,
 149 Schulpsychologie und Beratungslehrkräfte und für die Verbesserung
 150 der Unterrichtsversorgung.

151

152 Der demografische Wandel und eine notwendige Qualitätssteigerung
 153 erfordern größere Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen für eine
 154 regional angepasste und wohnortnahe Schulentwicklung. Dies kann in
 155 Niedersachsen nach unserer Überzeugung erreicht werden, wenn sich
 156 bestehende Schulstandorte durch die Zusammenfassung von Haupt-
 157 und Realschulen regional angepasst zu Gesamtschulen
 158 weiterentwickeln können. Deshalb wollen wir die Fünfüzigkeit bei der
 159 Neueinrichtung von Gesamtschulen abschaffen. Zugleich

- 160 • werden wir echte Ganztagschulen überall dort errichten, wo
- 161 Schülerinnen und Schüler sowie Eltern dies gemeinsam mit den
- 162 Schulträgern wünschen,
- 163 • werden wir bei der Zusammenlegung kleiner Schulen im
- 164 Sekundarbereich I qualitätssteigernde Anreize setzen,
- 165 • werden wir eine Unterrichtsversorgung im vollen Umfang der
- 166 Stundentafel sowie die Festsetzung der Klassenobergrenze in den
- 167 zusammengelegten Schulen auf 24 Schülerinnen und Schüler
- 168 garantieren.

169

170 Die SPD-Niedersachsen steht aber auch für ein verbindliches
 171 Aktionsprogramm mit klar geregelten Schritten hin zu einer **inklusiven**

172 **Bildung.** Wir werden dabei die inklusive Bildung als Rechtsanspruch
 173 festschreiben und gleichzeitig dem Elternwillen Rechnung tragen.
 174

175 Für uns hat die **berufliche Bildung** den gleichen Stellenwert wie die
 176 allgemeinbildenden Schulen. Wir werden deshalb gemeinsam mit
 177 Fachleuten ein Konzept für eine zukunftsorientierte berufliche Bildung
 178 entwickeln.
 179

180 Die Qualität der **Ausbildung von Lehrkräften** ist für uns entscheidende
 181 Voraussetzung für die Qualität von Schule. Deshalb werden wir die
 182 Lehramtsausbildung qualitativ weiterentwickeln.
 183

184 Die anhaltenden Proteste der Studierenden weisen auf die chronische
 185 Unterfinanzierung und eklatante Missstände an unseren **Hochschulen**
 186 hin. Im Fokus ihrer Kritik stehen die Umsetzung der Studienreform im
 187 Zuge des Bolognaprozesses, Studiengebühren und die schleichende
 188 Entdemokratisierung der Hochschulen. Ihre Forderungen sind
 189 berechtigt.

190 Die SPD-Niedersachsen hält deshalb die notwendigen Korrekturen der
 191 Bologna-Strukturreform für unerlässlich. Dabei werden wir auch die
 192 Fülle der Studieninhalte, die kleinteilige Modularisierung, die
 193 Prüfungsdichte sowie die starre Festschreibung von Regelstudienzeiten
 194 auf den Prüfstand stellen. Studierende mit einem Bachelorabschluss,
 195 die ein Masterstudium anstreben, müssen die Chance auf einen
 196 Studienplatz erhalten. Davon unberührt bleibt die Festlegung
 197 spezifischer Zugangsvoraussetzungen durch die Hochschulen.
 198 Flankierend wollen wir gemeinsam mit den Ländern und dem Bund
 199 einen Studienpakt für gute Lehre abschließen.

200 Unsere Politik zielt darauf ab, jedem jungen Menschen die bestmögliche
 201 Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Dazu gehört für uns ein
 202 studiengebührenfreies Erststudium. Die schwarz-gelbe Regierung in
 203 Niedersachsen zeigt, dass Studiengebühren weder ein geeignetes
 204 Finanzierungsmittel für Hochschulen, noch ein zielführendes
 205 Steuerungsinstrument für Einstieg und Dauer eines Studiums sind. Wir
 206 streben die Gebührenfreiheit von Bildung an, das gilt von der Krippe bis
 207 zur Uni. Auch das BAföG muss leistungsfähiger werden. Wir wollen den
 208 Ausbau des BAföG mit einem erhöhten Förderbetrag, das zusätzliche
 209 Einkommens- und Fördergruppen einbezieht. Wir setzen uns auch für
 210 ein Schüler- und Schülerinnen-BaföG ein.

211 Zugleich wollen wir die Hochschulen für Berufstätige ohne Abitur öffnen.
 212 Dazu werden wir ein Anreizsystem für die Schaffung entsprechender
 213 Studienangebote für die Hochschulen installieren.
 214

215 **4. Medienkompetenz ist vierte Kulturtechnik.**

216 Medien sind zum unverzichtbaren Bestandteil unseres Alltags
 217 geworden. Sie sind in allen Lebensbereichen – Familie, Bildung, Arbeit,
 218 Freizeit – von Bedeutung und eröffnen nie da gewesene Informations-
 219 und Kommunikationsmöglichkeiten. Diese neuen Chancen gilt es für
 220 unsere Demokratie zu nutzen, um neue Formen politischer und
 221 gesellschaftlicher Teilhabe für alle zu ermöglichen. Für die SPD-
 222 Niedersachsen geht es vor allem darum, den Zugang zu Wissen für alle
 223 Menschen zu erweitern. Für uns ist der selbstbestimmte Umgang mit
 224 Medien eine Schlüsselqualifikation in unserer Gesellschaft.

225 Medienkompetenz ist die vierte Kulturtechnik, so wichtig wie Lesen,
 226 Schreiben und Rechnen.

227 Die Grundlagen für eine kompetente Mediennutzung werden schon im
 228 Kindesalter gelegt. Familien kommt bei der Vermittlung von
 229 Medienkompetenz somit eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen

230 Unterstützung bei der Medienerziehung. Deshalb wird der richtige
 231 Umgang mit Medien in der Informations- und
 232 Kommunikationsgesellschaft zum Bildungsthema. Es ist notwendig, in
 233 Kindertagesstätten, der Jugendarbeit, in Schulen, Universitäten, Weiter-
 234 und Fortbildungseinrichtungen stärker als bisher auf die Vermittlung von
 235 Medienkompetenzen Wert zu legen. Darüber hinaus sind
 236 Internetplattformen und andere Informationsträger, die pädagogisch
 237 wertvolle Medieninhalte empfehlen, eine wichtige Orientierung für Eltern
 238 und Jugendliche.
 239 Die SPD-Niedersachsen will deshalb eine altersgemäße verbindliche
 240 Medienkompetenzvermittlung in den Kindertagesstätten und Schulen.
 241 Eine verbesserte medienpädagogische Ausbildung und Qualifizierung
 242 der Erzieher, Lehrer und Dozenten ist für uns Voraussetzung dafür;
 243 auch sie müssen wie Erziehungsberechtigte, Möglichkeiten bekommen,
 244 Medienkompetenz zu erwerben.
 245 Eine große Bedeutung kommt hier auch den Bürgermedien in
 246 Niedersachsen zu. Für die SPD sind sie ein unverzichtbares Element bei
 247 der Vermittlung von Medienkompetenz. Die Bürgersender gilt es deshalb
 248 zu erhalten und auszubauen.

249
 250 Der **Jugendmedienschutz** ist für die SPD Niedersachsen
 251 unverzichtbar. Kinder und Jugendliche müssen über die Chancen und
 252 Risiken im Netz aufgeklärt werden. Die Lücken der elterlichen
 253 Medienerziehung müssen durch ein Konzept, das Chancen aufzeigt und
 254 Risiken benennt, geschlossen werden. Im Fokus unserer
 255 Medienkompetenzpolitik steht die Aufklärung über die großen Chancen
 256 und Möglichkeiten der Neuen Medien. Wir wollen Kindern und
 257 Jugendlichen den selbstbestimmten Umgang mit Neuen Medien
 258 ermöglichen.

259
 260

261 **5. Intakte Umwelt – gesundes Leben**

262
 263 Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bei gleichzeitigem
 264 wirtschaftlichen Wohlstand ist zweifelsfrei eine Herausforderung, der
 265 man sich ständig neu stellen muss. Für die SPD in Niedersachsen sind
 266 Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze. Vielmehr gilt es die
 267 Chancen, die ein aktiver Umwelt- und Klimaschutz in Niedersachsen
 268 bieten zu erkennen und offensiv zu nutzen. Die Umwelttechnologie
 269 gehört zu den Wachstumsmotoren der Zukunft. Der schonende Umgang
 270 mit Energie und Rohstoffen erfordert stetig neue Technologien und
 271 Produktionsprozesse. Diese zu fördern und zu Exportschlägern zu
 272 entwickeln, um nachhaltig zur Minimierung der Umweltprobleme
 273 beizutragen, ist das Ziel der niedersächsischen SPD. Während CDU und
 274 FDP einseitig und kurzsichtig diese wichtigen Zukunftsfragen aussitzen,
 275 wollen wir Niedersachsens Potenziale stärken und mit der Schaffung
 276 neuer und hochwertiger Arbeitsplätze verbinden. Im Bereich der
 277 Umweltwirtschaft des Landes können wir auf ein gutes Fundament
 278 zurückgreifen. Die Forschung in Hochschulen und Wirtschaft für den
 279 Ressourcen- und Klimaschutz wollen wir weiter ausbauen. Denn
 280 Klimaschutz ist die zentrale gesellschaftliche Herausforderung des 21.
 281 Jahrhunderts. Aber gibt es ein niedersächsisches
 282 Klimaschutzprogramm? Fehlanzeige! Die CDU/FDP-Landesregierung
 283 verantwortet, dass Niedersachsen seit Jahren Schlusslicht beim
 284 Klimaschutz ist.
 285 Die SPD-Niedersachsen hingegen steht für eine zeitgemäße Umwelt-
 286 und Klimaschutzpolitik. Eine solche Politik ist überfällig, um
 287 Niedersachsen zukunftssicher aufzustellen. Grundlage dafür ist ein

288 umfassendes niedersächsisches Klimaschutzprogramm, das alle
 289 Bereiche des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens umfasst.
 290
 291 Ein lebenswertes Niedersachsen ist nur mit gesunden
 292 Rahmenbedingungen als Garant für gleichwertige Lebensbedingungen
 293 denkbar. Die Potentiale unseres Flächenlandes liegen besonders im
 294 ländlichen Raum. Es gilt, den demografischen Wandel mit konkreten
 295 Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raumes zu nutzen und die
 296 Landwirtschaftspolitik enger mit der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik zu
 297 verzahnen. Dazu gehört eine gezielte Förderung von Infrastruktur,
 298 kleinen- und mittleren Unternehmen, Bildung und Innovationen. Nur so
 299 können wir den ländlichen Raum wettbewerbsfähig und zukunftssicher
 300 aufstellen.
 301
 302 Die einseitige Bevorzugung der großindustriellen Agrarwirtschaft durch
 303 die CDU/FDP-Landesregierung muss ein Ende haben. Für die SPD-
 304 Niedersachsen haben die Interessen der vielen Verbraucherinnen und
 305 Verbraucher Vorrang vor den Interessen weniger großer Agrar-
 306 Konzerne. Wir werden strikt darauf achten, dass Wahlfreiheit und
 307 Koexistenz bei der Entwicklung grüner Gentechnologie feste Größen
 308 sind. Wir treten für die rechtliche Absicherung gentechnikfreier Regionen
 309 ein.
 310
 311
 312 **6. Sozialpolitik: Grundlage einer solidarischen Gesellschaft**
 313 Niedersachsen braucht einen grundlegenden Perspektivwechsel in der
 314 Sozialpolitik. Soziale Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit und Solidarität
 315 müssen wieder prägende Werte werden. Die SPD-Niedersachsen wird
 316 sich dafür stark machen.
 317
 318 Wir wollen mit einem eigenen Landesgesetz den **Schutz und die**
 319 **Förderung aller Kinder** in Niedersachsen neu ausrichten und auf ein
 320 dauerhaft stabiles finanzielles Fundament stellen. Flächendeckend
 321 sollen lokale Netzwerke und Familienzentren aufgebaut und die
 322 Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen gesteigert werden.
 323 Ein regelmäßiger Kinderschutzbericht soll helfen, Hilfe und
 324 Unterstützung zielgenauer zu machen. Ein Schwerpunkt muss dabei die
 325 Drogen- und Suchtbekämpfung bei Kindern und Jugendlichen sein. Im
 326 Gegensatz zur Regierung Wulff werden wir die Kommunen nicht allein
 327 lassen bei der Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe für die
 328 wachsenden Anforderungen.
 329
 330 Wir wollen das **Lebensrisiko Pflege** solidarisch absichern. Eine deutlich
 331 höhere Wertschätzung der häuslichen Pflege, der Altenpflegeberufe und
 332 eine solidarische Altenpflegeausbildung sind lange überfällig. Auch in
 333 diesem zentralen Politikfeld ist Niedersachsen unter der Regierung Wulff
 334 zum bundesweiten Schlusslicht geworden. Die Landesregierung setzt
 335 auf Billigpflege und einen ruinösen Verdrängungswettbewerb zwischen
 336 den Pflegeeinrichtungen. Dies werden wir ändern: Gute Löhne in der
 337 Pflege, Schulgeldfreiheit für Altenpflegeschüler/innen, eine solidarische
 338 Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung, ein eigenes
 339 Niedersächsisches Pflegegesetzbuch samt einem modernen Nds.
 340 Heimgesetz, die Einrichtung einer Niedersächsischen Pflegekammer,
 341 um die Rechte der Pflegeberufe zu stärken – das sind unsere Ziele.
 342
 343 Wir werden **Menschen mit Behinderungen** die gleichberechtigte
 344 Teilhabe ermöglichen. Die von der Landesregierung verfolgte
 345 schleichende Kommunalisierung der Behindertenhilfe wird es mit uns

Antragskommission:

346 nicht geben. Sie bedeutet nämlich nichts anderes als Behindertenhilfe
 347 nach Kassenlage der Kommunen.

348

349 Wir werden hingegen eine leistungsfähige Eingliederungshilfe etablieren,
 350 die die neuen Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention
 351 aufnimmt. Selbstverständlich ist dabei für uns das Ende der Trennung
 352 zwischen ambulanten und stationären Leistungen, die Eingliederung von
 353 behinderten Menschen in Regelarbeitsplätze und die verbindliche
 354 Abstimmung der Hilfen in den verschiedenen Sozialleistungssystemen.
 355 Dabei stellen wir fest, dass es in der Behindertenhilfe einen stetig
 356 steigenden Bedarf an Ausbildungs- und Förderangeboten gibt.
 357 Bundesweit steht die Eingliederungshilfe für Herausforderungen, die ein
 358 einzelnes Bundesland allein nicht bewältigen kann. Notwendig ist
 359 deshalb der schrittweise Einstieg in ein bundesweites Teilhabegeld.

360

361 Wir werden die niedersächsischen **Wohnungsmärkte** sozial und
 362 ökologisch fit machen und an die Anforderungen des demografischen
 363 Wandels, der Migration, der wachsende kulturelle Vielfalt und die sich
 364 ausdifferenzierenden Lebensstile anpassen. Zukünftig werden in
 365 Niedersachsen nicht mehr, sondern vor allem andere Wohnungen
 366 nachgefragt. Die planlose Wohnungspolitik der amtierenden
 367 Landesregierung scheitert jedoch an dieser Entwicklung. Deshalb ist der
 368 Wohnungsmarkt gekennzeichnet von Leerständen in Schrumpfung-
 369 und ersten Nachfrageüberhängen in Boomregionen.
 370 Mit der SPD-Niedersachsen wird der Schwerpunkt der Förderung künftig
 371 auf der bedarfsgerechten Bestandsentwicklung liegen. Zentral sind
 372 dabei Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit, altersgerechter
 373 und alternativer Wohnformen für ältere Menschen und die Förderung
 374 von Wohnraum vor allem für einkommensschwache Familien mit
 375 Kindern. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Förderung energetischer
 376 Maßnahmen sein. Damit stärken wir die nachhaltige Energienutzung,
 377 berücksichtigen aber auch soziale Aspekte, weil die hohen
 378 Energiekosten für immer mehr Menschen zur „zweiten Miete“ werden.
 379 Mit uns wird Wohnarmut kein Thema mehr sein.

380

381 92 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ist
 382 **Gleichstellungspolitik** noch immer notwendig. Noch immer werden
 383 Frauen für die gleiche Arbeit um bis zu einem Drittel schlechter bezahlt
 384 als Männer. Trotz ihrer häufig besseren Schul- und
 385 Ausbildungsabschlüsse werden sie auf Teilzeit- und
 386 Niedriglohnarbeitsplätze abgedrängt. Deshalb ist es längst überfällig,
 387 endlich gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für Männer
 388 und Frauen durchzusetzen. Dem Vorbild Norwegens folgend braucht
 389 Niedersachsen eine Ergänzung des Landesgleichstellungsgesetzes, um
 390 mehr Frauen in die Chefetagen zu kriegen und um endlich „gleichen
 391 Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen. Dies gilt für die Wirtschaft
 392 genauso wie für den öffentlichen Dienst.

393 Unter der CDU/FDP-Landesregierung ist eine fortschrittliche Politik der
 394 Gleichberechtigung von Frauen und Männern seit 2003 Schritt für Schritt
 395 abgebaut worden. Die von der neuen Bundesregierung geplante und
 396 von der Regierung Wulff unterstützte Einführung der „Herdprämie“
 397 bedeutet den Rückfall in das konservative Frauen- und Familienbild der
 398 50er Jahre. Wir lehnen dieses Rollback ab. Es bedarf vielmehr des
 399 Ausbaus der Betreuungsmöglichkeiten, damit jedes Kind seinen
 400 persönlichen Stärken entsprechend gefördert werden kann.

401

402

403

Antragskommission:

404 **7. Innenpolitik**

405 Die Politik der Landesregierung von CDU und FDP für die Kommunen in
 406 Niedersachsen löst keine Probleme – sie schafft sie erst. Antworten auf
 407 die drängenden Probleme der Gebietskörperschaften, auf ihre
 408 finanzielle Misere und auf die Folgen der demografischen Entwicklung
 409 werden nicht gegeben. Die Reorganisation der Verwaltung beschränkt
 410 sich auf pauschale Stellenstreichung auf Landesebene. Eine an der
 411 Effizienz der Aufgabenwahrnehmung und der Bürgernähe ausgerichtete
 412 Zuordnung der Verwaltungsaufgaben zum Land, den Landkreisen bzw.
 413 Region oder den Kommunen findet nicht statt. Der sog. Zukunftsvertrag
 414 der Landesregierung nutzt lediglich die Finanznot der Kommunen, um
 415 sie zu Fusionen zu veranlassen. Ein dahinter stehendes Konzept ist
 416 nicht erkennbar.

417 Die SPD-Niedersachsen fordert deshalb zunächst eine gründliche
 418 Analyse auf Grundlage der Ergebnisse der Enquetekommission zum
 419 demografischen Wandel. Es muss begründet festgelegt werden, welche
 420 Aufgaben zukünftig auf welcher Ebene wahrgenommen werden sollen.
 421 Ein wichtiges Kriterium ist dabei die Bürgernähe, um für alle
 422 Einwohnerinnen und Einwohner alle öffentlichen Dienstleistungen gut
 423 erreichbar und in hoher Qualität vorzuhalten.

424 Die SPD-Niedersachsen will unter Beteiligung aller Betroffenen
 425 leistungsstarke kommunale Verwaltungseinheiten formen. Dies kann
 426 auch durch die verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen geschehen.
 427 Dabei müssen auch die Probleme der Gemeinden und Landkreise
 428 gelöst werden, die mit unlösbaren finanziellen Schwierigkeiten zu
 429 kämpfen haben. Nur so können Kommunen ihren Einwohnerinnen und
 430 Einwohnern ein lebenswertes Umfeld bieten und die Einrichtungen der
 431 Daseinsvorsorge intakt vorhalten.

432 Zu einer solchen Perspektive gehört aber auch eine hinreichende
 433 finanzielle Absicherung durch gesicherte und verlässliche Quellen. Für
 434 die SPD-Niedersachsen steht deshalb fest:

- 435 a. Experimente mit der Gewerbesteuer müssen unterbleiben.
- 436 b. Eine Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen muss stets mit
 437 der Sicherstellung der Finanzierung durch das Land einhergehen.
- 438 c. Der „Griff in die Kasse der Kommunen“ muss beendet und die
 439 Verbundquote auf das bewährte Niveau der SPD-Landesregierung
 440 angehoben werden.
- 441 d. Um die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu
 442 verstetigen, ist die Einführung eines Stabilisierungsfonds nach
 443 rheinland-pfälzischem Vorbild notwendig, der für einen beständigen
 444 und berechenbaren Zufluss an Mitteln an die Kommunen sorgen
 445 wird.

446

447

448 **8. Rechtsextremismus bekämpfen, nicht banalisieren**

449 CDU und FDP in Niedersachsen, insbesondere der Innenminister tragen
 450 derzeit mit gezielten Äußerungen in der politischen Debatte zu einer
 451 Verwischung der Unterschiede von Links- und Rechtsextremismus bei.
 452 Dies setzt sich auch in den aktuellen Veröffentlichungen des
 453 Niedersächsischen Verfassungsschutzes fort. Diese Nivellierung
 454 fundamentaler Unterschiede zwischen demokratischen linken
 455 Traditionen und demokratiefeindlichen, rechtsextremistischen
 456 antizivilisatorischen Positionen trägt zur Verharmlosung der Gefahr von
 457 „Rechts“ und zur mangelnden Auseinandersetzung mit ihren
 458 gesellschaftspolitischen Entstehungsursachen bei. Sie banalisiert die
 459 Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und
 460 Antisemitismus.

Antragskommission:

461 Gleichzeitig fehlen präventive Ansätze zur Bekämpfung des
 462 Rechtsextremismus. Die Maßnahmen erschöpfen sich in Appellen und
 463 allgemeinen Warnhinweisen. Die längst auf dem Tisch liegenden
 464 Ergebnisse der Ursachenforschung für die Entstehung
 465 rechtsextremistischer Orientierungen werden nicht in Politik umgesetzt.
 466 Misserfolgserlebnisse und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen durch
 467 mangelnde schulische Förderung, Zukunftsängste durch fehlende
 468 berufliche Perspektiven, aber auch das Bestärken von rechten
 469 Stammtischparolen durch die Äußerung von politisch Verantwortlichen
 470 (z.B. ein undifferenziertes Vorgehen gegenüber Muslimen bei
 471 Moscheenkontrollen) bündeln sich zu Erfahrungsszenarien, die gerade
 472 Jugendliche in die scheinbaren Halt und persönliche Aufwertung
 473 bietenden rechtsextremen Gruppen treibt und ihre Anfälligkeit für
 474 rechtsextremistische ausländerfeindliche Parolen erhöht.
 475 Für die SPD-Niedersachsen sind diese Erkenntnisse Leitlinie einer
 476 effektiven Politik gegen den Rechtsextremismus. Die Bekämpfung der
 477 Quellen rechtsextremistischer Einstellungen ist nur durch eine
 478 gesellschaftliche Strategie gegen soziale Kälte, durch eine auf
 479 Förderung und nicht auf Auslese zielende schulische Bildung und die
 480 Schaffung von ausreichenden beruflichen Perspektiven für alle
 481 Jugendlichen erfolgreich. Flankiert werden muss dies durch eine
 482 Aufklärungsarbeit über die Folgen rechtsextremistischer Forderungen
 483 und eine intensive Menschenrechts- und Demokratieerziehung an
 484 unseren Bildungseinrichtungen. Deshalb halten wir auch die Auflösung
 485 der Landeszentrale für politische Bildung für eine falsche Entscheidung.
 486 Mit dem Regierungswechsel werden wir unverzüglich eine neue
 487 Landeszentrale für politische Bildung einsetzen.

488
 489

490 **9. Integration**

491 Ziel sozialdemokratischer Integrationspolitik ist es, Berührungsängste
 492 oder aggressive Ablehnung gegenüber Migrantinnen und Migranten
 493 abzubauen und ihnen eine vollständige gesellschaftliche Teilhabe zu
 494 ermöglichen. Die Politik der CDU/FDP-Landesregierung ist hierzu
 495 untauglich.
 496 Lippenbekenntnisse oder auf Effekthascherei abgestellte Aktionen wie
 497 die Ernennung einer Ministerin mit Migrationshintergrund werden
 498 unglaubwürdig, wenn gleichzeitig die Besucher von Moscheen unter
 499 Generalverdacht gestellt, pauschal kontrolliert und so ausgegrenzt
 500 werden. Mit der SPD wird es solche Kontrollen nicht geben.
 501 Wir werden auch dafür sorgen, dass reale gesellschaftliche
 502 Partizipationsmöglichkeiten eröffnet werden. Deshalb streiten wir für ein
 503 kommunales aktives wie passives Wahlrecht. Den sog. Optionszwang
 504 werden wir abschaffen. Die Verpflichtung junger Menschen mit doppelter
 505 Staatsbürgerschaft, sich bei Erreichen der Volljährigkeit für eine
 506 Staatsbürgerschaft entscheiden zu müssen, stürzt die Betroffenen in
 507 Gewissensnöte und wirkt integrationshemmend.
 508 Gesellschaftliche Partizipation ist ohne Chancengleichheit in der Bildung
 509 nicht möglich. Für die SPD-Niedersachsen ist deshalb eine intensive
 510 Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund –
 511 genauso wie für alle Jugendliche – selbstverständlich.

512
 513

514 **10. Haushalt**

515 Das Land Niedersachsen und seine Kommunen sind unterfinanziert. Die
 516 Wirtschaftskrise hat tiefe Löcher in die Kassen gerissen. Ein Großteil der
 517 finanziellen Probleme hat jedoch die Politik von CDU und FDP zu
 518 verantworten. Die von der Landesregierung im Bundesrat unterstützte

Antragskommission:

519 Steuersenkungspolitik hat das Land an den Rand der
 520 Handlungsunfähigkeit gebracht. Allein das sog.
 521 Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat dem Land 135 Mio. Euro
 522 entzogen. Es wirkt sich ebenfalls auf die kommunalen Haushalte aus,
 523 deren Situation durch die Kürzungen des kommunalen
 524 Finanzausgleiches durch die CDU/FDP-Landesregierung noch weiter
 525 verschärft wird. Die neue Steuerschätzung vom Mai 2010 hat
 526 konjunkturbedingt noch einmal zu weiteren Einnahmeverlusten geführt.

527
 528 Dies macht deutlich: Wer die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen
 529 seinen Ebenen erhalten will, darf die Einnahmeseite der öffentlichen
 530 Haushalte nicht noch weiter durch zusätzliche Steuersenkungen
 531 schwächen. Sie sind durch die krisenbedingten Mindereinnahmen
 532 ohnehin schon in einer sehr schwierigen Lage. Weitere
 533 Einnahmeverluste führen nahezu zwangsläufig zu einer (noch) höheren
 534 Kreditaufnahme und erschweren die dringend notwendige mittel- und
 535 langfristige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen.

536
 537 Die Taschenspielertricks der Landesregierung haben bisher das wahre
 538 Ausmaß der Kreditaufnahme verschleiert. Wenn im Sommer der
 539 Haushalt 2011 aufgestellt wird, wird sie Farbe bekennen und erklären
 540 müssen, wie das ca. 1,30 Milliarden Euro große Haushaltsloch
 541 ausgeglichen werden soll. Ohne milliardenschwere Kreditaufnahmen
 542 und weitere Kürzungen bei den Beschäftigten und sozial Schwachen
 543 wird es wohl auch diesmal nicht gehen.

544
 545 Die SPD-Niedersachsen ist der festen Überzeugung, dass diese
 546 Unterfinanzierung des Staates auf allen Ebenen ein Ende haben muss.
 547 Wenn der Staat seine Aufgaben zur Gestaltung einer sozialen,
 548 demokratischen und wirtschaftlich zukunftsfähigen Gesellschaft erfüllen
 549 soll, ist eine positive Veränderung der Einnahmeseite unumgänglich –
 550 dies gilt auch für unsere Ziele für Niedersachsen. Nach einer Definition
 551 der Aufgaben des Staates muss die Einnahmeseite also neu justiert
 552 werden. Sie setzt sich dabei für ein gerechtes Steuersystem ein, dass
 553 die besonders Reichen angemessen besteuert, die Bezieher kleiner und
 554 mittlerer Einkommen aber entlastet. Wir wollen deshalb neue
 555 Steuerquellen erschließen und die Millionäre mit einer Vermögenssteuer
 556 belegen. Eine gute Erbschaftssteuer muss in erster Linie die wirklich
 557 großen und größten Vermögen treffen, „Oma´s klein Häuschen“ ist und
 558 bleibt steuerfrei. Weitere allgemeine Steuersenkungen, von denen im
 559 Wesentlichen nur die großen Unternehmen und Spitzenverdiener
 560 profitieren, wird es mit uns nicht geben. Sie wären ungerecht und
 561 würden die Unterfinanzierung des Staates weiter vorantreiben. Wir aber
 562 treten ein für einen starken Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben
 563 auch zu finanzieren.

564
 565 Wir wollen aber auch, dass die bestehenden Steuergesetze tatsächlich
 566 angewandt werden. Das Land verschenkt jährlich Millionen, da es nicht
 567 genug Betriebsprüfer und Steuerfahnder gibt. Betriebsprüfungen finden
 568 so viel zu selten statt. Niedersachsen darf nicht zur Steueroase werden,
 569 wir wollen mehr zusätzliches Personal für mehr Steuergerechtigkeit.

570
 571

Antragskommission:

Empfehlung:
*Annahme in geänderter
 Fassung*

572 **Antrag Nr. A 2**

573

574 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand**

575

576 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

577

578

579 **Die SPD in Niedersachsen: Öffnen, Beteiligen, Gestaltend,**
580 **Transparent**

581

582 Die SPD in Niedersachsen ist **die** politische und gesellschaftliche Kraft,
 583 die das Leben in unserem Bundesland und seinen vielfältigen und
 584 lebendigen Regionen politisch gestaltet hat – und auch künftig gestalten
 585 will. Alle Organisationsebenen der niedersächsischen SPD eint der
 586 Anspruch, den Menschen in unserem Land die bestmöglichen
 587 Bedingungen für ein gutes und erfülltes Leben zu ermöglichen. Der
 588 Modernisierungs- und Öffnungsprozess des SPD-Landesverbandes
 589 Niedersachsen dient daher keinem Selbstzweck, sondern der stetigen
 590 Anpassung der Arbeits- und Organisationsbedingungen unserer Partei
 591 an diesen politischen Gestaltungsanspruch. Der zunehmende
 592 gesellschaftliche Wandel, die Alters- und Mitgliederstruktur innerhalb der
 593 SPD und die sich verändernden Anforderungen der Menschen an
 594 politische Partizipation tragen ihren Teil zur Notwendigkeit dieses
 595 Strukturprozesses bei.

596

597 Aus diesem Anspruch und diesen Notwendigkeiten leiten sich ab:

598

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

609

610

611

612

613

614

615

616

617

618

619

620

621

622

623

624

617 Transparente Strukturen innerhalb der SPD, die unseren Mitgliedern
 618 direkte Beteiligungsmöglichkeiten an der innerparteilichen
 619 Willensbildung ermöglichen, sind dabei Leitlinie aller Überlegungen zur
 620 Parteistruktur der niedersächsischen SPD. Jedes Mitglied muss die
 621 gleichen Chancen und Rechte haben – von der Programmentwicklung
 622 bis zur Aufstellung des Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten
 623 oder der Ministerpräsidentin in Niedersachsen.

Antragskommission:**Ersetze Z. 625-629 durch:**

„Die SPD in Niedersachsen kann daher bei der Aufstellung ihrer SpitzenkandidatInnen und MandatsträgerInnen die Möglichkeit der Mitgliederbefragung und/oder der Wahl in Vollversammlung einsetzen. Bei der Erstellung des Regierungsprogramms kann die Möglichkeit der Mitgliederbefragung gewählt werden.“

625 Die SPD in Niedersachsen wird daher bei der Aufstellung ihrer
626 Mandatsträger und Spitzenkandidaten, sowie bei der Erstellung des
627 Regierungsprogramms die Möglichkeit der Urwahl bzw.
628 Mitgliederbefragung einsetzen. Diese Instrumente werden wir in der
629 Satzung der Niedersachsen-SPD verankern.

630
631 Ein wesentlicher Aspekt in unserem Modernisierungsprozess ist die
632 Einladung an alle Menschen in Niedersachsen sich aktiv an der
633 Weiterentwicklung des Landes und dem Erhalt und Ausbau der
634 Demokratie zu beteiligen. Die SPD in Niedersachsen wird im Rahmen
635 eines Projektes „Zur Stärkung der regionalen Teilhabe“ Foren
636 einrichten. In diesen Foren werden die inhaltlichen Schwerpunkte
637 unserer Arbeit entwickelt und nach Beschlussfassung umgesetzt. Die
638 Foren dienen auch zur besseren Verzahnung der unterschiedlichen
639 Handlungsebenen (Europa, Bund, Land, Kommunen). Sie sind für
640 Mitglieder und Nichtmitglieder auf allen Ebenen offen. Nach der
641 Einsetzung der Foren durch die Landesvorstandsklausur im Januar
642 2010 erhalten die Foren die notwendigen Ressourcen sowie Antrags-
643 und Rederecht auf den Landesparteitagen.

644
645 Der Landesvorstand setzt zunächst bis zum Landesparteitag 2012
646 folgende Foren ein:

- 647 ◆ Wirtschaft, Nachhaltigkeit und neue Energien
- 648 ◆ Gerechte Bildungspolitik
- 649 ◆ Arbeit, Mitbestimmung und Innovation
- 650 ◆ Hochschule, Wissenschaft und Forschung
- 651 ◆ Sicherheit, Freiheit, Demokratie
- 652 ◆ Verbraucher und Mobilität
- 653 ◆ Kultur und Medien
- 654 ◆ Solidarische Gesellschaft (Soziales u. Gesundheit)
- 655 ◆ Neue Gesellschaft (Familie, Jugend, Senioren, neue Inländer)
- 656 ◆ Steuerungsgruppe Kommunalpolitik
- 657 ◆ Sport
- 658 ◆ Partizipation und Demokratie im Internet
- 659 ◆ Rechtsextremismus

660
661 Wesentliche Richtschnur für den Modernisierungsprozess ist die
662 Stärkung der Partei in der Fläche. Die politischen
663 Gestaltungsmöglichkeiten der Ortsvereine und Unterbezirke muss
664 gesichert bleiben. Die Kampagnenfähigkeit und Beteiligungsformen für
665 Mitglieder und Interessierte müssen deutlich ausgebaut werden. Daher
666 wird durch die Finanz- und Personalkommission ein Leitbild für das
667 erfolgreiche Arbeiten in den Unterbezirken und die dafür notwendige
668 Ausstattung entwickelt. Dieses Leitbild wird mit den
669 Unterbezirksvorständen beraten und umgesetzt.

670
671 Die Kooperation des SPD-Landesverbandes und der vier Parteibeirke
672 ist politisch und organisatorisch so weit fortgeschritten wie nie zuvor in
673 der Geschichte der niedersächsischen Landespartei. Der Dank der
674 Vorstände gilt allen, die ihren Beitrag hierzu geleistet haben. Der
675 Strukturprozess wird – wie auf dem Landesparteitag 2008 beschlossen
676 – auf dem Landesparteitag im Mai 2010 abgeschlossen. Dies bedeutet,
677 dass die konkreten Maßnahmen beginnend mit der
678 Landesvorstandsklausur, den Beratungen in den Unterbezirken und
679 Bezirken und dem Landesparteierrat sowie der Beschlussfassung durch
680 den Landesparteitag im Mai 2010 umgesetzt werden.
681

682 Die SPD in Niedersachsen macht sich auf den Weg! Erfolgreiche
 683 Kommunalwahlen 2011 und erfolgreiche Landtagswahlen und
 684 Bundestagswahl 2013 – das sind die Herausforderungen der nahen und
 685 mittleren Zukunft! Gemeinsam mit unseren Mitgliedern wollen wir sie
 686 angehen und meistern!

687
 688 Der Landesvorstand empfiehlt, die Erledigung der Organisations- und
 689 Verwaltungsaufgaben mit dem Ziel der Entlastung der Unterbezirke
 690 zusammenzuführen. Durch Synergieeffekte kann somit mehr Raum für
 691 die eigentliche politische Arbeit auf der Ebene der Unterbezirke
 692 geschaffen werden. Die bisherige Umsetzung der Beschlüsse aus der
 693 Vereinbarung des Landes- und der Bezirksvorsitzenden vom 20. Juni
 694 2008 hat zu einer Stärkung der SPD in Niedersachsen und zu einer
 695 effizienteren Aufgabenwahrnehmung geführt. Im Einzelnen handelte es
 696 sich dabei um folgenden Projekte/Aufgaben:

- 697
- 698 • CMS (Internetprojekt / entdecke_niedersachsen.de)
- 699 • Bildungsarbeit (Gründung der politischen Bildungsgemeinschaft
- 700 Niedersachsen und
- 701 Aufbau der Nachwuchsakademie)
- 702 • Spendenbetreuung/Fundraising
- 703 • Zielgruppenarbeit/Arbeitsgemeinschaften/Foren

704 **Umsetzungsvereinbarung des Landesvorstandes**

705 Es wird die Einrichtung einer **Personal- und Finanzkommission** mit
 706 den Schatzmeistern und lfd. Geschäftsführern des Landesverbandes
 707 und der Bezirke vereinbart, die schnellstmöglich mit der Aufnahme ihrer
 708 Beratungen beginnt. Die Finanzkommission soll Vorschläge für die
 709 weitere Haushaltsplanung und Mittelverwendung der SPD in
 710 Niedersachsen erarbeiten.

711 Für die Beschreibung der **Unterbezirke**, ihre Aufgaben und
 712 Ausstattungen werden Kategorien gebildet, um eine standardisierte
 713 **Personalausstattung** auf Basis der prognostizierten Finanzen
 714 festzulegen. In diesem Zusammenhang werden die Aufgaben des
 715 Landesverbandes ggf. regional differenziert abgestimmt. Die Arbeit ist
 716 bis zum 31.12.2010 abzuschließen, bis dahin wird auf Neueinstellungen
 717 verzichtet. Die Bezirke und der Landesverband verabreden eine
 718 **gemeinsame Personalplanung**. Die betriebsverfassungsrechtlichen
 719 Beteiligungsrechte werden sichergestellt.

720 Die Bezirke werden bei den nächsten Parteitagen entsprechend
 721 abgestimmte Regelungen in ihren Satzungen abbilden.

722 Die **Mavisbearbeitung** wird für die SPD Niedersachsen zentralisiert.

723
 724 Die aufgrund der Finanzlage erforderlichen Einsparungen sowie die
 725 durch das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den
 726 kommenden Jahren erfolgenden personellen Veränderungen in der
 727 Hauptamtlichkeit der Partei sollen für eine
 728 **Gesamtpersonalentwicklung** der SPD in Niedersachsen genutzt
 729 werden.

730 Die Bezirke und der Landesverband werden ein einheitliches **Tarifwerk**
 731 einführen.

- 732
- 733
- 734
- 735
- 736
- 737 • Ein gemeinsamer „**Niedersachsen-Servers**“ (inkl. einer
- 738 gemeinsame Hardware/Software-Anschaffung bzw. Entwicklung)
- 739 wird eingerichtet. Der Server dient der engeren Arbeits-; Projekt- und

Antragskommission:

Ersetze Z.706-711 durch:

„Die vereinbarte Personal- und Finanzkommission mit den Schatzmeistern und lfd. Geschäftsführern des Landesverbandes und der Bezirke arbeitet bereits an Vorschlägen für die weitere Haushaltsplanung und Mittelverwendung der SPD in Niedersachsen. Die Wirtschaftspläne und die mittelfristigen Finanzplanungen des Landesverbandes und der Bezirke sowie die Stellenpläne sind in der Personal- und Finanzkommission vor der Beschlussfassung zu beraten und mit einer Empfehlung zu versehen. Ziel ist eine gemeinsame Personal- und Finanzplanung.“

Antragskommission:

- 740 Aufgabenplanung und wird bei der Umsetzung der zentralen
741 Mavisbearbeitung einen wesentlichen Beitrag leisten.
- 742 ▪ • Unter dem Aspekt der Entlastung der **Unterbezirke** von
 - 743 administrativen Aufgaben, wird den Unterbezirken und Bezirken ein
 - 744 **Druck- und Versandservice** angeboten und zur Verfügung gestellt.
 - 745 ▪ • Die Bezirke und der Landesverband verabreden eine gemeinsame
 - 746 Grundlage für die **Finanzbuchhaltung**.
 - 747 ▪ • Die Bezirke und der Landesverband verabreden auch eine
 - 748 gemeinsame Grundlage für die **Personalbuchhaltung**.
 - 749 ▪ • Die **Zielgruppenarbeit** der SPD in Niedersachsen muss deutlich
 - 750 verbessert und schlagkräftiger werden. Bei den
 - 751 Arbeitsgemeinschaften wird künftig auf Doppelstrukturen verzichtet.
 - 752 Politische Ressourcen (Finanzen, Organisation und hauptamtliche
 - 753 Zuarbeit) werden für eine bündelnde Ebene zur Verfügung gestellt.
 - 754 Der Landesgeschäftsführer wird gebeten, für den Landesvorstand
 - 755 hierzu eine Vorlage zu erarbeiten.
- 756 - Die thematischen Arbeitsgemeinschaften werden zukünftig
 - 757 auf Landesebene organisiert.
 - 758 - Mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wird der
 - 759 Landesvorstand die weiteren Schritte beraten und bis zum
 - 760 31.12.2010 ein einheitliches Verfahren abstimmen.
 - 761
 - 762
 - 763
 - 764

765 **Antrag Nr. A 3**

766

767 **Antragsteller: SPD-OV Buchholz i. d. N.**

768

769 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

770

771

772

773

774 **Kinder mit Migrationshintergrund erhalten ab der 1. Klasse**775 **Unterricht im Fach Deutsch als erste Fremdsprache**

776

777 Kinder ausländischer Herkunft erhalten ab der 1.Klasse Unterricht im

778 Fach Deutsch als erste Fremdsprache. In möglichen Prüfungen wird

779 Deutsch als 1. Fremdsprache benotet. Die Kinder haben auf eigenen

780 Wunsch auch die Möglichkeit, Deutsch als Muttersprache benotet zu

781 bekommen

782

783 Begründung:

784

785 Viele Migranten können nicht ausreichend Deutsch und dadurch können

786 sie sich nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren. Sie können nicht

787 die gleichen Leistungen bringen wie die Deutschsprachigen und

788 dadurch werden sie schon von Anfang an benachteiligt. In schlimmen

789 Fällen verlassen sie die Schule ohne jeglichen Abschluss mit daraus

790 resultierenden gesellschaftlichen Folgen.

791

792

793

794

Antragskommission:***Empfehlung:****Material an die
Landtagsfraktion*

795
 796 **Antrag Nr. A 4**
 797
 798 **Antragsteller: SPD-OV Buchholz i. d. N.**
 799
 800 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:
 801
 802
 803 **Kostenloses Mittagessen für alle Kiga u. Schulen**
 804
 805
 806
 807 Kostenloses Mittagessen für alle Kindergärten und Schulen in der
 808 Bundesrepublik Deutschland.
 809
 810 Begründung:
 811
 812 Kinder brauchen gute Ernährung um sich gut zu entwickeln und um
 813 gute Leistungen zu bringen. In vielen Familien ist dieses
 814 Grundbedürfnis nicht mehr ausreichend geleistet. Diese Leistung wird in
 815 vielen EU-Ländern angeboten und ist ein wichtiges Merkmal eines
 816 Sozialstaates
 817
 818
 819
 820

Antragskommission:***Empfehlung:***

*Annahme in geänderter
 Fassung
 Weiterleitung an die
 Landtags- und
 Bundestagsfraktion*

Z. 803:

Ersetze „Mittagessen“
 durch „Mahlzeit“

Ersetze Z.807-808 durch:

Die SPD in Niedersachsen
 fordert kostenlose
 Mahlzeiten mit vollwertiger
 und gesunder Ernährung
 für alle Kinder und
 Jugendlichen in
 Kindergärten und Schulen
 in der Bundesrepublik
 Deutschland nach den
 Grundsätzen der
 Deutschen Gesellschaft für
 Ernährung e. V. (DGE).
 Ihre Kampagnen „Fit Kid“
 und „Schule + Essen =
 Note 1“ sollen unterstützt
 werden.

Antragskommission:

Empfehlung:
*Überweisung an das
 Forum „Hochschule,
 Wissenschaft und
 Forschung“*

821 **Antrag Nr. A 5**

822

823 **Antragsteller: SPD-Juso-Landesvorstand**

824

825 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

826

827

828

829 *Zur Weiterleitung an den Bundesparteitag*

830

831

832 **Rechtsanspruch auf einen Masterstudiengang**

833

834 „Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden
 835 aufgefordert sich für einen Rechtsanspruch auf einen
 836 Masterstudiengang für alle Bachelor-AbsolventInnen einzusetzen.“

837

838 Begründung:

839 Vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses sind mittlerweile die
 840 Bachelor- und Master-Abschlüsse an den deutschen Hochschulen
 841 etabliert wurden. Grundgedanke dieses zweigeteilten Studiums ist es,
 842 nach dem ersten berufsqualifizierenden Bachelor-Abschluss noch einen
 843 Master-Abschluss absolvieren zu können.

844 Um einen Master-Studienplatz zu erhalten werden neben dem
 845 Bachelor-Abschluss weitere Zugangsvoraussetzungen verlangt, die es
 846 vielen StudentInnen unmöglich machen einen Masterstudienplatz zu
 847 erhalten und das, obwohl man mit dem Bachelor-Abschluss die
 848 Fähigkeit zu Studieren bereits nachweisen konnte. So wird das
 849 schlechteste Drittel eines Jahrgangs durch das Erfordernis eine
 850 bestimmte Mindestnote zu erreichen bereits von vornherein von der
 851 Möglichkeit einen Master absolvieren zu können ausgeschlossen. So
 852 wird eine weitere Selektionsstufe eingeführt. Dabei wäre genau das
 853 Gegenteil richtig. Es muss endlich mehr Durchlässigkeit geschaffen
 854 werden.

855 Hinzukommt, dass das Angebot an Master-Studienplätzen bei weitem
 856 nicht ausreicht um, allen Interessenten einen Studienplatz anzubieten.
 857 Sodass man selbst mit Bachelor-Abschluss und dem Erreichen der
 858 Zusatzvoraussetzungen keinen Master-Studienplatz bekommt. Die
 859 starren Zugangsvoraussetzungen dienen lediglich dazu, StudentInnen
 860 aus dem Bildungssystem auszuschließen. Dies ist besonders
 861 besorgniserregend, weil mit dem Bachelor-Abschluss theoretisch ein
 862 berufsqualifizierender Abschluss erworben wird. Der Bachelor-
 863 Abschluss ist aber im Verhältnis zu Masterabschlüssen schlechter
 864 bezahlt und nur als eine Art „Grundqualifikation“ zu verstehen, die erst
 865 mit dem zusätzlichen Master zu einem vollwertigen Berufsabschluss
 866 heranwachsen. Der Bachelor-Abschluss soll so möglichst StudentInnen
 867 aus der Universität heraushalten, um weniger Studienplätze schaffen zu
 868 müssen.

869 Wir Jusos fordern daher aus folgenden Aspekten einen Masterzugang
 870 für alle:

871

872 Das Soziale

873 Die künstliche Verknappung der Master-Studienplätze führt zu einem
 874 erhöhten Konkurrenzdruck. Damit wird der ohnehin hohe
 875 Leistungsdruck noch weiter verstärkt. In der Folge kommt es zu mehr
 876 Studienabbrüchen, psychische Erkrankungen und der erhöhten
 877 Verwendung von leistungssteigernden und antidepressiven

878 Medikamenten. Studenten, die auf einen Nebenjob angewiesen sind,
 879 werden stark benachteiligt. Ihnen fehlt es an Lern- und
 880 Regenerationszeit. Dies zeigt sich direkt im Notenschnitt. Gleiches gilt
 881 für Studierende, die Kinder oder Familienangehörige pflegen müssen
 882 oder sonstige soziale oder auch gesellschaftliche Verpflichtungen
 883 haben.

884

885 Rechtlicher Gesichtspunkt

886 Der generelle Ausschluss von Masterbewerbern vom weiteren Studium
 887 stellt einen Verstoß gegen Art. 12 GG (Berufsfreiheit) dar. Öffentliche
 888 Hochschulen haben als die Pflicht, Bildungsabschlüsse nach gerechten
 889 Kriterien und frei von Hürden zur Verfügung zu stellen. Da der
 890 Klageweg aber beschwerliche, teuer und langwierig ist, stellt dieser
 891 Weg keine Lösung für das Problem dar. Auf Grundlage unseres
 892 Bildungsverständnisses, nach dem jede und jeder sich selbst
 893 verwirklichen können muss, fordern wir, endlich wieder in das
 894 Bildungssystem zu investieren und die Studienplatzknappheit
 895 anzugehen, damit generell Zulassungsbeschränkungen (numerus
 896 clausus, etc.) überflüssig werden. Unser Motto lautet: Alle müssen
 897 können dürfen!

898

899 Gesellschaftliche Folgen

900 Die grundsätzliche Kopplung des Masters an Leistung und die damit
 901 verbundenen Zukunftsängste verringern die Bereitschaft sich
 902 ehrenamtlich zu engagieren. Wenn Ehrenamt mit der Verwirklichung
 903 von Lebensentwürfen konkurrieren muss, schwindet die Bereitschaft
 904 Zusatzbelastung in Kauf zu nehmen. So kommt es zu weniger
 905 Aktivitäten in Vereinen, Verbänden und Politik.

906

907 Gerechtigkeit vs. Leistungsdruck

908 Mit der Kopplung des Masterzugangs an den Aspekt Leistung werden
 909 die Zugangschancen ungerecht zugunsten von Studierenden mit
 910 finanzieller Absicherung und ohne soziale Verpflichtungen verteilt.
 911 Gefördert wird so nur das „Bulimielernen“: Auswendiglernen, in der
 912 Prüfung auskotzen und vergessen. Zeit für kritische Reflektion ist hier
 913 nicht vorgesehen. Daher muss endlich Schluss damit sein, die Bildung
 914 weiter zu Ökonomisieren. Bildung muss wieder als staatliche
 915 Daseinsvorsorge begriffen werden!

916

917 Gläserne Decke für Frauen

918 52,7% der SchulabgängerInnen mit Hochschulberechtigung sind
 919 Frauen, bei den StudienanfängerInnen sind es dann 49.2%, bei den
 920 AbgängerInnen ähnlich viele. Durch die Einführung
 921 zulassungsbeschränkter Bachelor- und Masterstudiengänge ist im
 922 Hochschul- und Wissenschaftssystem eine weitere gläserne Decke
 923 eingezogen worden, die zu einem deutlichen und immer früheren
 924 Rückschritt in der Bildungsbeteiligung von Frauen führt. Stellen bei den
 925 Studienanfängerinnen und -anfängern eines Bachelors Frauen rund die
 926 Hälfte aller Studierenden, so sind es bei den Masterstudentinnen und -
 927 studenten nur noch ein gutes Drittel.

928

929

930

931

Antragskommission:**Empfehlung:**

Annahme der
Abschnitte
„Wissenschaftspolitik
progressiv verändern“
und „Bereich
Gruppenuniversität,
Demokratie und
Mitbestimmung“ in der
geänderten Fassung;

Überweisung des
Abschnittes „Bereich
Finanzierung der
Hochschulen, der Lehre
und Forschung“ an das
Forum „Hochschule,
Wissenschaft und
Forschung“, sofern die
prekären Mängel in
Hochschule und
Forschung beschrieben
werden

Streiche in Z.968-969:

„Dabei haben die
Studierenden im Falle von
Prüfungsvorgaben in
diesen Ordnungen ein
Veto-Recht“.

932 **Antrag Nr. A 6**

933

934 **Antragsteller: SPD-Juso-Landesvorstand**

935

936 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

937

938

939

940

941 **Wissenschaftspolitik progressiv verändern**

942

943 Die SPD in Niedersachsen bekennt sich zu offenen und demokratischen
944 Hochschulen. Wir wissen jedoch, dass momentan keine
945 demokratischen Strukturen an den Hochschulen praktiziert werden. Um
946 diesen Missstand zu beseitigen, werden folgende Punkte Bestandteil
947 unseres Programms im Bereich der Wissenschafts- und
948 Hochschulpolitik:

949

950 **Bereich Gruppenuniversität, Demokratie und Mitbestimmung**

951

952 I. Die Präsidentin / der Präsident einer Hochschule in Niedersachsen
953 soll in Zukunft tatsächlich demokratisch legitimiert werden. Hierfür soll
954 eine Urwahl an der jeweiligen Hochschule stattfinden, zu der alle
955 Statusgruppen rechtzeitig vor der Wahl die Möglichkeit haben,
956 Veranstaltungen zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten
957 durchzuführen. Stimmberechtigt sind dabei alle Mitglieder der
958 Hochschule.

959

960 II. Der Senat einer Hochschule soll in Zukunft in allen grundsätzlichen
961 Fragen, die die Hochschule betreffen, Entscheidungsträger sein und
962 nicht nur zu bestimmten Themen angehört werden. Die Beschlüsse
963 eines Senats sollen bindend für das Präsidium seiner Hochschule sein.

964

965 III. Die Fakultätsräte sollen eigenständig über die inhaltliche Ausrichtung
966 ihrer eigenen Fakultät entscheiden können. Gleichzeitig sollen sie das
967 Gremium sein, in dem Studien-, Prüfungs- und Zulassungsordnungen
968 verbindlich entschieden werden. Dabei haben die Studierenden im Falle
969 von Prüfungsvorgaben in diesen Ordnungen ein Veto-Recht.

970

971 IV. An Berufungsverfahren sind alle Statusgruppen der Hochschule
972 paritätisch zu beteiligen. Die abschließende Entscheidung der daraus
973 resultierenden Berufungskommissionen soll bindend für alle weiteren
974 Gremien sein, die sich mit der Berufung beschäftigen.

975

976 V. Die jeweiligen akademischen Gremien (Präsidium, Senat) sollen eine
977 Pflicht der Offenlegung der Finanzen gegenüber dem jeweils höchsten
978 studentischen Gremium (Studentischer Rat, Studierendenparlament)
979 einer Hochschule haben, damit die Statusgruppe der Studierenden
980 erfährt, wohin Gelder geflossen und zu welchem Zweck diese
981 verwendet wurden.

982

983 VI. Die Hochschulräte in ihrer jetzigen Form sollen abgeschafft werden.

984

985 **Bereich Finanzierung der Hochschulen, der Lehre und Forschung**

986

987 I. Das Studium soll generell gebührenfrei sein. Neben den allgemeinen
988 Studiengebühren sollen auch die Langzeitstudiengebühren wieder

989 abgeschafft werden.
 990
 991 II. Parallel dazu soll aus dem Niedersächsischen Hochschulgesetz die
 992 Möglichkeit einer Finanzierung von Stipendien aus Studiengebühren
 993 ersatzlos gestrichen werden.
 994
 995 III. Drittmittel sollen in Zukunft in einem Finanzierungstopf gesammelt
 996 werden und ohne vorgegebenen Verwendungszweck gleichmäßig nach
 997 Anzahl der Studierenden eines Fachbereiches an die einzelnen Institute
 998 / Seminare einer Hochschule verteilt werden. Unternehmen sollen die
 999 Möglichkeit haben, die Wissenschaft durch eine Einzahlung in diesen
 1000 Topf zu fördern, jedoch keine Rechte bei der Verteilung der Gelder
 1001 wahrnehmen können, sodass eine unabhängige Wissenschaft
 1002 garantiert werden kann und nicht einzelne Fachbereiche in ihrer
 1003 Wertigkeit über andere gestellt werden können.
 1004
 1005 Begründung:
 1006 Eine erfolgreiche Hochschule definiert sich nicht durch eine starke
 1007 Hochschulleitung, sondern durch ein Zusammenwirken aller
 1008 Statusgruppen an dieser. Um die Hierarchie, die in den letzten Jahren
 1009 der Wissenschafts- und Hochschulpolitik deutliche autokratische Züge
 1010 angenommen hat, wieder flacher zu gestalten, ist eine Urwahl der / des
 1011 Präsidentin / Präsidenten ein Schritt in die richtige Richtung. Auf diese
 1012 Weise hat jedes Mitglied der Hochschule das gleiche Recht der
 1013 Entscheidung, wer die eigene Hochschule personell nach außen
 1014 vertreten soll. Gleichzeitig bezieht eine solche Wahl die Statusgruppen
 1015 einer Hochschule auch tatsächlich mit ein und die Repräsentationsfigur
 1016 der Hochschule hat einen hohen Grad demokratischer Legitimation.
 1017 Der Senat wurde in den vergangenen Jahren durch die sogenannte
 1018 „Restkompetenz“ des Präsidiums der Hochschulpräsidien faktisch
 1019 entmachtet. Diese Kompetenz befähigt ein Präsidium dazu, alle
 1020 Beschlüsse nach Belieben zu verändern oder wieder rückgängig zu
 1021 machen. Dementsprechend perspektivlos verhielten sich einige Senate
 1022 in den vergangenen Jahren – sie positionierten sich nur noch zu
 1023 Themen, zu denen sie gefragt wurden. Wir wollen, dass der Senat die
 1024 grundsätzlichen Beschlüsse an den Hochschulen fällt und sich nicht
 1025 dem Präsidium unterordnet. So wird die Grundstruktur der Hochschulen
 1026 unabhängiger. Und vor allem wird sie so wieder demokratisch.
 1027 Die weitergehenden Maßnahmen in den untergeordneten Gremien
 1028 (Fakultätsräte) bauen auf dem Grundsatz der flacheren Hierarchie auf.
 1029 Insbesondere soll dabei die Statusgruppe der Studierenden wieder eine
 1030 tatsächliche Mitbestimmung an den Hochschulen erhalten, weil sie die
 1031 eigenen Probleme, vor allem im Falle von Studien- und
 1032 Prüfungsleistungen, am besten einschätzen kann. Dementsprechend
 1033 soll sie in solchen Fragen auch über ein Veto-Recht im Fakultätsrat
 1034 verfügen.
 1035 Die Offenlegung der Finanzen einer Hochschule ist Grundlage für die
 1036 perspektivische Diskussion über die Mittelverteilung an den
 1037 Hochschulen. Nur auf Basis einer Offenlegungsverpflichtung haben die
 1038 Gremien an den Hochschulen eine tatsächliche Chance, fachkundige
 1039 Anträge an die jeweils übergeordneten Gremien zu stellen.
 1040 Durch die Einführung des Hochschulrates wurde de facto die
 1041 Hochschulautonomie und die Einteilung Senat als
 1042 Entscheidungsgremium und Präsidium als Repräsentationsgremium
 1043 zerstört. Viele wichtige Entscheidungen kann der Senat nicht mehr
 1044 ohne den Hochschulrat entscheiden. Der Hochschulrat ist jedoch kein
 1045 Gremium der akademischen Selbstverwaltung, sondern ein Gremium,
 1046 in dem nur das Ministerium und WirtschaftsvertreterInnen neben

Antragskommission:

1047 maximal einer / einem VertreterIn der Hochschule die Richtung der
1048 Universität nach ihren Vorstellungen lenkt. In diesem Gremium dürfen
1049 weder Studierende, noch Mitglieder des sogenannten Mittelbaus, also
1050 Lehrende ohne Professorentitel bzw. Angestellte der Universität,
1051 Mitglied sein. Dadurch wird zum einen das Prinzip der
1052 Gruppenuniversität mit Füßen getreten und zum anderen findet eine
1053 Entdemokratisierung statt, da dem Hochschulrat mehr und mehr
1054 Kompetenzen übertragen werden, für die unserer Meinung nach ein
1055 demokratisch gewähltes Gremium innerhalb der Hochschule zuständig
1056 sein muss.
1057 Ein Studium ist aus Steuergeldern zu finanzieren. Das gilt nicht nur für
1058 die allgemeinen Studiengebühren, sondern auch für
1059 Langzeitstudiengebühren, denn diese haben an den Hochschulen die
1060 gleiche Wirkung wie allgemeine Studiengebühren. Die Auswirkungen
1061 der Langzeitstudiengebühren sehen folgendermaßen aus: Der
1062 Studierende, der neben dem Studium arbeiten muss, teilweise 2 Jobs
1063 hat oder aber (so wie wir als eure Genossinnen und Genossen) sich
1064 hochschulpolitisch engagiert oder Fachschaftsarbeit macht, wird
1065 feststellen, dass sich durch den zeitlichen Mehraufwand das Studium
1066 automatisch verlängert. Durch die Langzeitstudiengebühren werden die
1067 Leute, die sich ihren Lebensunterhalt verdienen müssen oder sich an
1068 der Hochschule engagieren, dafür bestraft, dass sie durch das
1069 Erstreiten ihrer Lebensgrundlage oder durch ihr Engagement mehr Zeit
1070 benötigen. Und hinterher wundern wir als SPD uns, dass uns diese
1071 Leute, denen wir diesen hochschulpolitischen Unsinn vorgesetzt haben,
1072 nicht mehr wählen wollen. So funktioniert das nicht. Davon abgesehen
1073 braucht grundsätzlich jede und jeder individuell mal weniger, mal mehr
1074 Zeit, um das Studium zu beenden. Fazit: Jede Art von Studiengebühren
1075 ist unsinnig und sorgt für eine soziale Schieflage.

Antragskommission:

1076 Die Finanzierung von Stipendien aus Studiengebühren sorgt dafür,
1077 dass die Solidarität der Studierenden untereinander aufgekündigt wird.
1078 Dass Studierende mit ihren Studiengebühren auch noch eine kleine
1079 Elite fördern sollen, ist lediglich eine weitere Pervertierung des
1080 gesamten Studiengebührensyste.ms.
1081 Forschung und Lehre müssen Unabhängigkeit gegenüber der
1082 Wirtschaft haben. Das geht allerdings nicht, wenn Drittmittel an
1083 bestimmte Bereiche der Hochschule fließen, weil diese Fachbereiche
1084 besonders nützlich für einzelne Unternehmen sind. Um dennoch den
1085 Unternehmen zu ermöglichen, dass sie freiwillig Gelder zur
1086 Unterstützung der Hochschulen spenden, soll es einen unabhängigen
1087 Topf dafür geben, aus dem die Gelder ohne Verwendungszweck nach
1088 Anzahl der Studierenden an die einzelnen Fakultäten verteilt werden
1089 sollen.
1090
1091
1092
1093

Antragskommission:

1094 **Antrag Nr. A 7**

1095

1096 **Antragsteller: OV Kirchrode-Bemerode-Wülferode**

1097

1098 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1099

1100

1101

1102 **Krankes Kind als Sparobjekt? - Für mehr Beschulung in**
1103 **Krankenhäusern**

1104

1105

1106 Forderung nach Rücknahme des Erlasses des niedersächsischen
1107 Kultusministeriums, die Stundenzahl für die Beschulung von Kindern
1108 und Jugendlichen während eines Krankenhausaufenthaltes auf zwei
1109 Stunden zu reduzieren.

1110 Für viele Kinder und Jugendliche heißt dies, aufgrund ihrer Erkrankung
1111 den schulischen Anschluss zu verlieren. Einerseits soll der Aufenthalt
1112 der Rekonvaleszenz dienen, andererseits wird durch mangelnden
1113 Unterricht ihre Zukunft gefährdet. Zudem wirkt sich dies negativ auf die
1114 Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder stationär behandeln zu lassen, aus.

1115

1116 Aufforderung der niedersächsischen Landesregierung, die
1117 entsprechende Richtgröße auf mindestens 20 Stunden pro Woche zu
1118 erhöhen und damit die gleiche Versorgung wie in anderen
1119 Bundesländern zu sichern.

1120

1121 NRW bietet kranken Schülerinnen und Schülern an, mindestens 20
1122 Stunden Unterricht pro Woche erhalten zu dürfen. Baden-Württemberg
1123 und Berlin tun dies mit immerhin 16 Wochenstunden. Niedersachsen
1124 will sein Angebot von acht auf zwei Stunden reduzieren. Schülerinnen
1125 und Schüler sollten jedoch in dem Maße Unterricht erhalten können,
1126 welcher ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit angemessen
1127 erscheint.

1128 Die Argumentation der Landesregierung beinhaltet die These, nach der
1129 manche Kinder „nicht mal eine Stunde aushalten“ würden. Damit
1130 unterschätzt man die Fähigkeiten sowie die große Willensstärke kranker
1131 Kinder und Jugendlicher. Viele wollen sogar mehr Unterricht
1132 absolvieren als sie können/dürfen, um mit ihrer alten Klasse mithalten
1133 zu können. Statt diese Entwicklung zu fördern, diskriminiert der Erlass
1134 vor allem psychisch kranke Kinder und Jugendliche: Bei einigen
1135 neurotischen und psychosomatischen Erkrankungen spielt Schule oft
1136 eine zentrale Rolle. Die Patientinnen und Patienten wieder in die
1137 Regelschule einzugliedern, ist somit unabdingbarer Teil der Therapie.
1138 Passiert dies nicht, bleiben/kommen möglicherweise Probleme beim
1139 Lernen und der Konzentration oder Schulängste.

1140

1141 Begründung:

1142 Das niedersächsische Kultusministerium legte am 16.09.2008 in den
1143 "Grundsätzen für die Beauftragung von Lehrkräften mit
1144 Krankenhausunterricht" in Ziffer 4 fest: "Bei der Festlegung der
1145 Stundenzahl ist von einer Richtgröße von 2,0 Std. pro Schülerin bzw.
1146 Schüler auszugehen. Einrichtungen, die derzeit über eine
1147 überproportionale Zuweisung verfügen, sind schrittweise behutsam an
1148 diese Richtgröße heranzuführen." Dies

Antragskommission:**Empfehlung:**
AnnahmeWeiterleitung an die
Landtagsfraktion

1149 bedeutet, dass schulpflichtige Patientinnen und Patienten während
 1150 eines Klinikaufenthaltes nur noch zwei Stunden Unterricht erhalten
 1151 sollen. Für viele Kinder und Jugendliche heißt dies jedoch, aufgrund
 1152 ihrer Erkrankung den schulischen Anschluss zu verlieren.
 1153 Einerseits soll der Aufenthalt der Rekonvaleszenz dienen, andererseits
 1154 wird durch mangelnden Unterricht ihre Zukunft gefährdet. Zudem wirkt
 1155 sich dies auf die
 1156 Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder stationär behandeln zu lassen, nicht
 1157 förderlich aus.
 1158 Das gilt speziell für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, wo durch den
 1159 Erlass das psychische Leid der Patientinnen und Patienten nur noch
 1160 vergrößert wird.
 1161 Die scheinbar harmlose Formulierung, die Beschulung "schrittweise [...] an diese Richtgröße heranzuführen", bedeutet nichts anderes, als dass
 1162 Kliniken mit einer höheren Versorgung keinen Ersatz für ausscheidende
 1163 LehrerInnen erhalten.
 1164 Obwohl Niedersachsen bereits jetzt desaströs schlecht dasteht, will
 1165 man noch weiter reduzieren. Krankenhäuser, die bis jetzt gut im
 1166 schulischen Unterricht kranker Kinder und Jugendlicher dastehen,
 1167 werden bestraft.
 1168 Wenn das Kultusministerium davon spricht, „vergleichbare Verhältnisse“
 1169 schaffen zu wollen, meint es damit, Deutschlands Schlusslicht zu
 1170 werden. Spitzenreiter NRW bietet kranken Schülerinnen und Schülern
 1171 an, mindestens 20 Stunden Unterricht pro Woche erhalten zu dürfen.
 1172 Baden-Württemberg und Berlin tun dies mit immerhin 16
 1173 Wochenstunden. Niedersachsen will sein Angebot von acht auf zwei
 1174 Stunden reduzieren und weist auf seine schlechte finanzielle Lage hin.
 1175 Die Argumentation der Landesregierung beinhaltet auch die These,
 1176 manche Kinder würden „nicht mal eine Stunde aushalten“. Damit
 1177 unterschätzt man die Fähigkeiten sowie die Willensstärke kranker
 1178 Kinder und Jugendlicher. Viele wollen sogar mehr Unterricht
 1179 absolvieren als sie können / dürfen, um mit ihrer alten Klasse mithalten
 1180 zu können. Statt diese Entwicklung zu fördern, diskriminiert der Erlass
 1181 vor allem psychisch kranke Kinder und Jugendliche: bei einigen
 1182 neurotischen und psychosomatischen Erkrankungen spielt Schule unter
 1183 Umständen eine zentrale Rolle. Die Patientinnen und Patienten wieder
 1184 in die Regelschule einzugliedern, ist somit unabdingbarer Teil der
 1185 Therapie. Passiert dies nicht, bleiben/kommen möglicherweise
 1186 Probleme für Lernen und Konzentration oder Schulängste.
 1187 Für die Mehrheit der Kinder besteht kein Grund, nur zwei Stunden
 1188 Unterricht pro Woche zu haben.
 1189 Zwar soll von dem Erlass abgewichen werden können, sofern die Klinik
 1190 dies medizinisch und pädagogisch begründen könne, aber eine
 1191 wirkliche Verbesserung der Situation gelingt nur, wenn die
 1192 entsprechende Festlegung zurückgenommen und die Beschulung für
 1193 erkrankte Kinder und Jugendliche erhöht wird.
 1194
 1195
 1196 Niedersachsen muss seiner Verpflichtung gerecht werden, Unterricht
 1197 nach individuellem Förderbedarf bereitzustellen. Tut es dies nicht, spielt
 1198 es mit der Zukunft seiner Schwächsten.
 1199

Antragskommission:

1200 **Antrag Nr. A 8**

1201

1202 **Antragsteller: SPD-Juso-Landesvorstand**

1203

1204 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1205

1206

1207

1208 **Neue Energie für eine neue Zeit!**

1209

1210 1. Einleitung

1211 In der öffentlichen Debatte der vergangenen Monate haben die Themen

1212 Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit eine immer breite Rolle

1213 eingenommen und gehören heute zum festen Repertoire jeder im

1214 Bundestag vertretenen Partei, jedoch mit gravierenden Unterschieden.

1215 Während Angela Merkel sich in der deutschen Öffentlichkeit zur Klima-

1216 Kanzlerin aufspielte, blieben die Ergebnisse ihrer Gipfeltreffen

1217 regelmäßig hinter den Erwartungen zurück. Auch das

1218 Umweltgesetzbuch scheiterte schließlich an der mangelnden

1219 Unterstützung aus den Reihen von CDU und CSU.

1220

1221 Mit der für die SPD verlorenen Bundestagswahl droht nun ein

1222 Rückschritt in alte Zeit. Der von schwarz-gelb angekündigte Ausstieg

1223 aus dem Atomausstieg ist ein energiepolitisches Desaster. Die positive

1224 Entwicklung durch den Ausbau der erneuerbaren Energie würde im

1225 besten Falle lediglich abgebremst; die Gefahren der Atomkraft, auch im

1226 Bereich nuklearer Proliferation, werden vollständig ausgeblendet.

1227

1228 Wir in Niedersachsen können bereits seit 2003 die Folgen schwarz-

1229 gelber Umweltpolitik beobachten. Niedersachsens Umweltminister

1230 Sander glänzt mit katastrophalen Vorschlägen im Bereich

1231 Hochwasserschutz und hat zum Scheitern des Umweltgesetzbuches

1232 beigetragen. Innenminister Schönemann fordert eine Beteiligung von

1233 Castor-GegnerInnen an den Kosten der Polizeieinsätze und will somit

1234 eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

1235

1236 Für uns SozialdemokratInnen sind die Themen Umwelt, Klima und

1237 Nachhaltigkeit nicht nur in Sonntagsreden wichtig. Uns geht es um eine

1238 ganzheitliche Betrachtung unter Berücksichtigung nicht nur ökologischer

1239 und ökonomischer Aspekte, sondern insbesondere auch unter sozialen

1240 und Verteilungsfragen. Egal, ob Erdöl, Erdgas oder Uran – es handelt

1241 sich um knappe Ressourcen. Daher stellt sich eine globale

1242 Verteilungsfrage; der Zugang zu Energie muss genauso wie der zu

1243 Wasser, Nahrungsmitteln und anderen Elementen der öffentlichen

1244 Daseinsvorsorge für alle sichergestellt sein. Einen Energie-

1245 Imperialismus, der die Ausbeutung natürlicher Ressourcen in

1246 Entwicklungs- und Schwellenländern zur Sicherung der eigenen

1247 Energieversorgung zur Folge hat, lehnen wir ab.

1248

1249 2. Atompolitik: Den Ausstieg aus dem Ausstieg verhindern!

1250 Für uns SozialdemokratInnen in Niedersachsen ist eines völlig klar: Es

1251 darf keinen Ausstieg aus dem Atomausstieg geben! Dies gilt nach wie

1252 vor auch für die Mehrheit der Gesellschaft, weshalb wir es als

1253 unverantwortlich betrachten, dass dieser vereinbarte Ausstieg von der

1254 schwarz-gelben Regierung in Frage gestellt wird. Wir werden alles dafür

1255 tun, dass es nicht dazu kommt, dass der Ausstieg aus dem Ausstieg

1256 tatsächlich vollzogen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die

Antragskommission:***Empfehlung:****Annahme in geänderter Fassung**Weiterleitung an die Landtags- und Bundestagsfraktion und den Bundesparteitag*

1257 Partei als auch die außerparlamentarische Opposition geschlossen
 1258 gegen dieses Vorhaben von Schwarz-Gelb protestieren wird. Hierzu gilt
 1259 es innerhalb der SPD für das Selbstverständnis als parlamentarischer
 1260 Arm der Anti-Atomkraft-Bewegung zu werben und Kontakte zu NGOs
 1261 neu zu beleben bzw. zu intensivieren. Dies wird in der Arbeit der
 1262 nächsten Zeit eine der Kernaufgaben des Landesvorstandes sein.
 1263

1264 Doch es gilt nicht nur unseren Protest gegen das Vorhaben der
 1265 schwarz-gelben Regierung auszudrücken, sondern auch die
 1266 energiepolitische Debatte fortzuführen und unsere Anforderungen
 1267 weiterzuentwickeln. 2003 war der Atomausstieg eine bahnbrechende
 1268 Entscheidung in der deutschen Energiepolitik und mit dem
 1269 Erneuerbare-Energie-Gesetz, wurde eine vernünftige Grundlage
 1270 geschaffen, um die Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen. Der
 1271 Erfolg lässt sich nicht von der Hand weisen. Die damals prognostizierte
 1272 Entwicklung der Erneuerbaren Energien ist bereits heute weit
 1273 übertroffen. Gleichzeitig gab es in den letzten Monaten und Jahren
 1274 immer wieder und immer häufiger Berichte über teilweise
 1275 schwerwiegende Störfälle in Atomkraftwerken, was dazu führte, dass
 1276 zeitweise nur neun der 17 deutschen AKWs in Betrieb waren. Trotzdem
 1277 ist die immer wieder von den Energieunternehmen vorhergesagte
 1278 Versorgungslücke ausgeblieben. Deshalb fordern wir
 1279 SozialdemokratInnen eine sofortige und endgültige Abschaltung der
 1280 Pannenreaktoren wie z.B. des AKW Krümmel. Es ist unverantwortlich
 1281 trotz mangelnder versorgungstechnischer Notwendigkeit diese AKWs
 1282 am Netz zu lassen und somit die Wahrscheinlichkeit des GAU
 1283 wesentlich zu erhöhen. Wir SozialdemokratInnen fordern, dass die
 1284 vereinbarten Restlaufzeiten für jedes AKW eingehalten werden, auch
 1285 wenn die zu liefernde Reststrommenge noch nicht bereitgestellt wurde.
 1286 Eine künstliche Laufzeitverlängerung auf Grund von Wartungsarbeiten
 1287 oder temporären Drosselungen der zu liefernden Strommengen seitens
 1288 der Betreiber darf es nicht geben. Das heißt, dass bei frühzeitiger
 1289 Abschaltung eines störanfälligen AKWs die zu liefernde
 1290 Reststrommenge wegfällt und nicht durch ein anderes AKW abgeleistet
 1291 wird. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass das Lieferpotential
 1292 erneuerbarer Energien in regelmäßigen Abständen kontrolliert wird,
 1293 sodass im Fall einer Überschreitung des prognostizierten Potentials, die
 1294 Überschreitung der Prognose von der Reststrommenge der AKWs
 1295 abgezogen wird und dies ein Vorziehen der Abschaltung nach sich
 1296 zieht.
 1297

1298 3. Das Flugzeug ohne Landebahn: Die Endlager-Frage

1299 Die Endlagerfrage für hochradioaktiven Atommüll ist bis heute nicht
 1300 geklärt. Weitere Produktion von atomarem Abfall ist deshalb wie zu
 1301 Fliegen, ohne eine Landebahn zu haben.
 1302 Bei den bisherigen Planungen zur atomaren Endlagerung ist das Land
 1303 Niedersachsen besonders belastet. Schacht Konrad, Asse II und
 1304 Gorleben liegen in unserem Land. Morsleben liegt in Sachsen-Anhalt
 1305 direkt an der Grenze zu Niedersachsen. Die Sicherheit von
 1306 Atomkraftwerken, Zwischenlagern und geplanten oder gescheiterten
 1307 Endlagern sollte also ein besonderes Anliegen der niedersächsischen
 1308 Landespolitik sein. CDU und FDP beweisen in der Landesregierung
 1309 aber das Gegenteil. Regelmäßig wird Druck ausgeübt, um Gorleben
 1310 weiter zu erkunden und endgültig zum Endlager zu machen. Manchmal
 1311 ist sogar von einem gesamteuropäischen Endlager Gorleben die Rede.
 1312 Das alles nicht zu Gunsten der Menschen, sondern zu Gunsten der
 1313 Atomindustrie. Wir sagen: Niedersachsen darf nicht das Atommüll-Klo
 1314 der Republik sein. Kein Endlager Gorleben, eine sichere Lösung für

Antragskommission:

Streiche in Z.1304-1305:

„Morsleben liegt in Sachsen-Anhalt direkt an der Grenze zu Niedersachsen“.

1315 Asse II, Stopp des Ausbaus von Schacht Konrad und ein sicheres
 1316 Morsleben. Die Asse bei Wolfenbüttel zeigt deutlich, dass Lagerung von
 1317 hochradioaktivem Material in Salz der falsche Weg ist. Stetiger
 1318 Wasserzulauf und das Zusammenbrechen des Salzbergwerks stellen
 1319 eine dauerhafte Gefahr dar. Nicht nur für die Menschen in der direkten
 1320 Umgebung, sondern für die Trinkwasserversorgung einer ganzen
 1321 Region. Wir fordern die Betreiber der Asse sowie die Bundesregierung
 1322 auf, die schnellstmögliche Rückholung des Mülls sicherzustellen. Dazu
 1323 bedarf es eines angemessenen Kostenbeitrags der Atomindustrie in
 1324 Form einer Kernbrennstoffsteuer, um die ungerechte Bevorteilung des
 1325 Atomstroms gegenüber anderen Energieträgern auszugleichen. Eine
 1326 einfache Verfüllung des maroden Salzbergwerks kann nicht im Sinne
 1327 der Sicherheit sein. Aus den Augen aus dem Sinn - das funktioniert
 1328 wahrscheinlich nur wenige Jahre. Auch Morsleben in Sachsen-Anhalt
 1329 ist vom Einsturz bedroht. Auch hier muss die Rückholung des Mülls
 1330 sichergestellt werden. Sowohl bei der Asse II, als auch bei Morsleben
 1331 verlangen wir die komplette Offenlegung, über die Herkunft des
 1332 gesamten dort gelagerten Mülls. Der Umbau vom Schacht Konrad bei
 1333 Salzgitter zum Endlager für radioaktiven Abfall hat bereits begonnen.
 1334 Ein belastbarer Nachweis der Langzeitsicherheit besteht nicht. Viele
 1335 Probleme, wie zum Beispiel der Transport des Atommülls und der
 1336 Schutz des Grundwassers, sind nicht geklärt. Deshalb fordern wir den
 1337 Stopp des Ausbaus von Schacht Konrad.
 1338 Die Lügen, die zur Standortwahl in Gorleben geführt haben, sprechen
 1339 ebenfalls eine deutliche Sprache. Die Standortwahl war nicht primär an
 1340 geologischen Kriterien orientiert, sowie es eine verantwortungsvolle
 1341 Standortwahl gewesen wäre. Politische Motive spielten eine viel
 1342 größere Rolle. Gorleben ist nicht geeignet für die Endlagerung von
 1343 hochradioaktivem Müll. Salz ist nicht geeignet, das zeigen Morsleben
 1344 und Asse II. Dies zeigen viele Gutachten, in denen sowohl generell die
 1345 Lagerung in Salz oder beispielsweise speziell die Probleme mit
 1346 wasserführenden Schichten oder das nicht geschlossene Deckgebirge
 1347 in Gorleben behandelt werden. Wir wollen nicht, dass in Gorleben
 1348 eingelagert wird. Deshalb werden wir uns mit aller Kraft und auf allen
 1349 Ebenen gegen ein geplantes Endlager in Gorleben einsetzen. Die
 1350 friedlichen Demonstrationen und Blockaden gegen die Castor-
 1351 Transporte nach Gorleben werden von uns ausdrücklich unterstützt.
 1352 Solange man nicht sagen kann, wie lange etwas sicher ist und dass
 1353 keine Gefahr besteht, kann und darf es keine Einlagerung von
 1354 hochradioaktivem Atommüll geben. Nicht in Schacht Konrad, nicht in
 1355 Gorleben und auch nicht woanders.

1356
 1357 Wir machen Politik für Menschen und nicht für Konzerne.
 1358 Wir fordern von der Bundesregierung eine ergebnisoffene
 1359 Endlagersuche. Diese darf nur an wissenschaftlichen Kriterien orientiert
 1360 sein. Andere Länder zeigen, dass nicht nur Salz als Endlager-Medium
 1361 in Frage kommt. Auch Ton und Granit-Vorkommen können als
 1362 Lagerstätte dienen. In Deutschland hat dies in den vergangenen
 1363 Jahrzehnten zu wenig Beachtung gefunden. Eine ergebnisoffene
 1364 Endlagersuche muss als Ziel ein Endlager haben, bei dem
 1365 sichergestellt ist, dass es über zehntausende von Jahren sicher bleibt.
 1366 Wenn es nicht möglich ist ein Endlager zu finden, bei dem man
 1367 beweisen kann, dass es diese Kriterien erfüllt, fordern wir die
 1368 Bundesregierung auf, den Müll solange oberirdisch bewacht zu lagern,
 1369 bis die technologischen Voraussetzungen für ein geeignetes und
 1370 sicheres Endlager gegeben sind.
 1371
 1372

Antragskommission:

Ersetze in Z.1315-1316:

„Stopp des Ausbaus von Schacht Konrad und ein sicheres Morsleben“ durch „und keine Endlagerung in Schacht Konrad.“

Ersetze in Z.1323:

„eines angemessenen Kostenbeitrags“ durch „der Finanzierung durch die“

Streiche von Z.1328

„Auch Morsleben...“ **bis Z.1330** „... sichergestellt werden.“

Ersetze in Z.1330:

„Sowohl bei der Asse II, als auch bei Morsleben...“ durch „Bei der Asse II...“

Streiche in Z.1336-1337:

„Deshalb fordern wir den Stopp des Ausbaus von Schacht Konrad.“

Ersetze in Z.1343:

„hochradioaktiven“ durch „radioaktiven“

Ersetze in Z. 1343-1344:

„...„das zeigen Morsleben und Asse II“ durch „...„das zeigt Asse II“

Ersetze in Z.1354:

„hochradioaktiven“ durch „radioaktiven“

Ergänze in Z.1368 hinter

„**oberirdisch bewacht**“: „und gesichert“.

Ergänze in Z.1370 hinter

„**sicheres Endlager**“: „, in dem rückholbar gelagert wird,“

1373 4. Für eine ökologische Industriepolitik

1374 In Deutschland wird mit 43,6% fast die Hälfte des Stroms aus Stein-
1375 oder Braunkohle gewonnen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist
1376 nach wie vor uneingeschränkt richtig und wichtig, jedoch wird die Stein-
1377 und Braunkohle für einen Überbrückungszeitraum weiterhin
1378 unverzichtbar sein.

1379
1380 Langfristig muss es dennoch das Ziel sein, Kohle und andere fossile
1381 Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Hierzu
1382 brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindliche
1383 Restlaufzeit für die Verbrennung der fossilen Rohstoffe Stein- und
1384 Braunkohle sowie Erdöl und -gas.

1385
1386 Dennoch müssen in dieser Überbrückungszeit in Zukunft alle neuen
1387 Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-
1388 Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung
1389 umgerüstet werden, um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu
1390 erhöhen. Gleichzeitig muss in den Markt Erneuerbarer und Neuer
1391 Technologien investiert werden, um einen ökologischen,
1392 perspektivischen und sozial verträglichen „Kohle-Ausstieg“ einzuleiten.
1393 Neue Vorschläge seitens der Kohle-Lobbyisten zur Abscheidung und
1394 Speicherung von CO₂ lehnen wir auf Basis des Prinzips der
1395 Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung würde die
1396 wahren Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

1397
1398 5. Erneuerbare, bessere Effizienz und neue Technologien

1399 Im Bereich der Erneuerbaren Energien gab es in den letzten Jahren
1400 eine überaus positive Entwicklung: Knapp 300.000 neue Arbeitsplätze
1401 wurden geschaffen. Durch die besondere Förderung mit dem EEG
1402 wurde es gerade für private Haushalte und Landwirtschaftsbetriebe
1403 rentabel im Bereich der Erneuerbaren Energien zu investieren. Dies
1404 trug zur Dezentralisierung der Energieproduktion bei und half, das
1405 bestehende Oligopol der Energieunternehmen zu schwächen und vor
1406 alle kleine Versorgungsunternehmen wie Stadtwerke zu stärken. Die
1407 beim Beschluss des Atomausstiegs prognostizierte Liefermenge
1408 Erneuerbarer Energien wurde bereits überschritten und die EEen haben
1409 einen wichtigen Teil zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und damit zum
1410 Erreichen der Klimaziele des Kyoto-Protokolls beigetragen.

1411
1412 Doch es gibt nicht nur positive Entwicklung im Bereich der
1413 Erneuerbaren Energien. Die Verwendung von Lebensmitteln wie Mais
1414 zur Produktion von Biokraftstoffen und zur Energieerzeugung in
1415 Biogasanlagen führte zu einem großen Anstieg in der Nachfrage dieses
1416 und anderer Rohstoffe. Da diese nicht bedient werden konnte kam es
1417 zu einer massiven Preissteigerung, die vor allem die Konsumenten und
1418 Produzenten dieser Rohstoffe in Entwicklungs- und Schwellenländern
1419 zu spüren bekamen.

1420
1421 Dieser Umstand ist für uns SozialdemokratInnen nicht tragbar! Die
1422 Energiewende darf nicht zum Nachteil der Menschen in Schwellen- und
1423 Entwicklungsländern führen. Deshalb fordern wir ein Moratorium für den
1424 Import von Agrartreibstoff und Rohstoffen aus großflächigem Anbau,
1425 die zur Produktion des Treibstoffes verwendet werden um somit die
1426 Verträglichkeit der Nahrungsmittelpreise zu sichern. Außerdem setzen
1427 wir uns für die Prävention der weiteren Zerstörung der Regenwälder
1428 und Feuchtgebiete, sowie für die Verhinderung der Vertreibung der
1429 ländlichen Bevölkerung ein.

1430

Antragskommission:

1431 Statt die Energiewende auf dem Rücken der Bevölkerung der
1432 Schwellen- und Entwicklungsländer aufzubauen, müssen die EEen
1433 soweit wie möglich regional verankert werden und somit Großteile der
1434 Bevölkerung in die Umsetzung einbezogen werden. Das bedeutet für
1435 uns eine niedragschwellige Ausrichtung sowie geringe bürokratische
1436 Hürden bei der Förderung und dem Genehmigungsverfahren für
1437 Privatpersonen, Bürgerinitiativen und kleine und mittelständische
1438 Unternehmen. Außerdem muss mehr Geld der öffentlichen Hand in
1439 Forschung und Entwicklung investiert werden. Dies gilt sowohl für den
1440 Bereich der Erneuerbaren Energie, als auch für die Energieeffizienz, bei
1441 der noch große Potentiale ungenutzt sind.

1442

1443 6. Neue Energie konkret: Klimaschutz in der Kommune

1444 Den Städten und Gemeinden kommt beim Klimaschutz nicht nur eine
1445 besondere Bedeutung zu, sondern aufgrund der aktuellen
1446 Finanzsituation auch eine besondere Herausforderung. Öffentliche
1447 Gebäude müssen Zug um Zug klimafreundlich und effizienter
1448 umgerüstet werden. Dieses kann im Rahmen eines kommunalen
1449 Investitionsprogramms unter besonderer Berücksichtigung der
1450 Sozialverträglichkeit geschehen. Darüber hinaus fordern wir ein
1451 Angebot an kostenloser Energieberatung für HausbesitzerInnen und bei
1452 Neubauten; Energieeffizienz-Gesichtspunkte müssen bei der Erteilung
1453 von Baugenehmigungen eine größere Rolle spielen.

1454

1455 Energieversorgung ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Daher ist und
1456 bleibt für uns klar: Privatisierungen in diesem Bereich darf es nicht
1457 geben. Dort, wo dieses möglich ist, sind Rekommunalisierungen der
1458 ehemals kommunalen Energieversorger durchzuführen. Damit Strom in
1459 Zukunft nicht zum Luxusgut wird, sind Programme zur Unterstützung
1460 beim Erwerb von energieeffizienten Haushaltsgeräten, wie z. B. ein
1461 verminderter Mehrwertsteuersatz auf Basis des „Top-Runner-Modells“
1462 oder Einkaufsgutscheine für Elektrogeräte mit Energie-Gütesiegel,
1463 einzuführen.

1464

Antragskommission:

1465 **Antrag Nr. A 9**

1466

1467 **Antragsteller: SPD-OV Remlingen**

1468

1469 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1470

1471

1472

1473 **Die Lüge: Atomkraft wäre eine Brückentechnologie**

1474

1475 Die SPD Landtags- und Bundestagsabgeordneten sollen in der
1476 Öffentlichkeit und in den Parlamenten deutlicher Stellung zu der Lüge
1477 nehmen, dass die Atomkraftwerke eine Brückentechnologie sei. Keines
1478 der 17 Atomkraftwerke in Deutschland wird über den vereinbarten
1479 Energiekonsens hinaus noch gebraucht. Dies zeigt auch die Studie des
1480 Bundesumweltamtes vom März 2008 - [http://www.uba.de/-info-](http://www.uba.de/-info-presse/hintergrund/atomausstieg.pdf)
1481 [presse/hintergrund/atomausstieg.pdf](http://www.uba.de/-info-presse/hintergrund/atomausstieg.pdf)

1482 Die Bundesregierung soll aufgefordert werden sich an den
1483 Atomkonsens zu halten.

1484

1485 Heute schon könnte ein Großteil der Atomkraftwerke abgeschaltet
1486 werden.

1487 Im Jahre 2008 standen 7 Atomkraftwerke gleichzeitig still und „keiner
1488 hat es gemerkt“. Auf weitere ca. 3 Atomkraftwerke könnte man
1489 verzichten, wenn erhebliche Strommengen nicht ins Ausland verkauft
1490 werden würde und Standby-Schaltungen nur in Ausnahmefällen
1491 erlaubt wären. Die restlichen 7 Atomkraftwerke können ersetzt werden
1492 durch einen Energiemix mit den erneuerbaren Energien, wie Off-Shore-
1493 Windparks, Windkraftanlagen, Schwarm-Kraftwerke von Lichtblick und
1494 VW, Photovoltaik, Wasserkraft, Biogasanlagen. Gerade im Bereich der
1495 erneuerbaren Energien hat sich in den letzten Jahren schon viel
1496 bewegt.

1497

1498 Die Lagerung von hochradioaktivem Atommüll ist bis heute nicht gelöst.
1499 Die Lagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall ist
1500 unbefriedigend, denn nur mit Verbuddeln und Vergraben des
1501 Atommülls, nach dem Motto, aus den Augen aus dem Sinn, löst man
1502 das Problem der Langzeitsicherheit nicht. Die Herausforderung
1503 Atommüll für eine Million Jahre, trocken und gebunden, von unserer
1504 Umwelt isoliert zu halten, ist man bisher noch nicht gerecht geworden.
1505 Selbst in der Wüste haben die USA 1999 Grundwasserprobleme mit
1506 Plutonium festgestellt.

1507

1508 Die Gefahren die sich aus dieser Atomindustrie ergeben, wie zum
1509 Beispiel Gesundheitsschäden (Krebserkrankungen, Verstrahlungen
1510 und Vergiftungen), sind in all den Jahren nicht minimiert worden,
1511 sondern mit jedem Tag an dem die Atomkraftwerke am Netz sind, steigt
1512 auch das Gau-Risiko. Ein Reaktordruckbehälter versprödet durch die
1513 Neutronenbestrahlung, daran ändern auch keine Reparaturen etwas.
1514 Bis heute gibt es für Atomkraftwerke keinen ausreichenden
1515 Versicherungsschutz.

1516 Fakt ist, das an allen Standorten von Atomkraftwerken, Atommüll-
1517 Zwischenlagern und Atommüll-Endlagern die Lebensqualität stark
1518 beschädigt ist und die Grundstücke einer Entwertung ausgesetzt sind.

1519

1520 Ungefragt, ohne eine Chance der atomaren Belastung zu entgehen:
1521 Viele folgende Generationen werden die Belastungen und Folgen aus

Antragskommission:

Empfehlung:

*Erledigt durch die
Annahme von A8*

1522 der Atomenergienutzung noch zu tragen haben.
1523
1524 Es geht bei den Laufzeitverlängerungen nur ums Geld, für einige
1525 wenige Konzerne. Die Subventionen für die Atomindustrie belaufen
1526 sich mittlerweile bei ca. 220 Milliarden Euro (siehe Quelle: FÖS-Studie
1527 2009 Forum Ökologisch-Sozial Marktwirtschaft). Im Auftrag der
1528 Bundesregierung, zur Kanzlerschaftzeit von Dr. Helmut Kohl, wurde
1529 der tatsächliche Atomstrompreis errechnet – er lag bei 4,- DM / kWh.
1530 Das ist fast das Dreifache des heute teuersten Ökostroms!!! Es war
1531 also damals schon bekannt, dass Atomkraft volkswirtschaftlich nicht
1532 tragbar ist.
1533
1534 Die Folgekosten aus der Atomindustrie können nur gemindert werden,
1535 wenn man so bald wie möglich die Atomkraftwerke abschaltet und das
1536 geht technisch heute schon.
1537

Antragskommission:

1538 **Antrag Nr. A 10**

1539

1540 **Antragsteller: SPD-OV Remlingen**

1541

1542 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1543

1544

1545

1546 **Asse II Rückholung jetzt!**

1547

1548 Die SPD Landtags- und Bundestagsfraktion soll die Bundesregierung
1549 auffordern, die Rückholung des Atommülls aus dem Bergwerk Asse II
1550 zügig voranzutreiben. Es darf keinen weiteren Zeitverzug geben! Durch
1551 langjährige Erprobungen könnten die Möglichkeiten zur Rückholung
1552 des Atommülls aus Asse II geschmälert oder sogar verhindert werden.
1553 Die Bundesregierung soll ihre Verantwortung zu Asse II ernst nehmen
1554 und nicht wie in der Vergangenheit, vertagen. Es gilt jetzt, keine Zeit
1555 mehr zu verlieren. Ein langes Lamentieren und Abwarten in den
1556 Ministerien und Behörden darf es nicht geben. Asse II hat
1557 Standsicherheitsprobleme und den Laugenzufluss. Die SPD Landtags-
1558 und Bundestagsabgeordneten sollen sich auch für ein beschleunigtes
1559 Genehmigungsverfahren zur Rückholung des Atommülls aus Asse II
1560 einsetzen!

1561

1562 Es ist heute schon klar, dass bei einer Vollverfüllung von Asse II, mit
1563 Flüssigkeiten keine Langzeitsicherheit gewährleistet werden kann. Die
1564 Vollverfüllung ist nur eine Variante der Flutung. Nach wenigen
1565 Jahrzehnten würden auch bei einer Vollverfüllung radioaktive und
1566 toxische Bestandteile in unsere Umwelt gepresst werden. (Siehe
1567 Gutachten zum Strömungs- und Transportmodell - Hydrogeologie von
1568 Herrn Dr. habil. Ralf Krupp 29.12.2009 und 26.11.2009 und Risiken
1569 bei einer Flutung – chemische Prozesse von Prof. Dr. Rolf Bertram 18.
1570 02.2010) Das Konzept der Vollverfüllung ist nicht besser als das
1571 Konzept des ehem. Betreibers. Selbst die Flüssigkeitsmengen liegen in
1572 ähnlicher Größenordnung. Die Vollverfüllung gibt uns keine Sicherheit
1573 vor einer radioaktiven Verseuchung!

1574

1575 Alle Ministerien und Behörden müssen jetzt an einem Strang ziehen,
1576 damit die gesamte Region in der Asse II liegt, eben von keiner
1577 Radionuklidenausbreitung betroffen sein wird

1578

1579 Hintergrund Vollverfüllung:

1580 Bis zur 700 m Sohle soll mit 500.000 m³ Magnesium-Chlorid-Lösung
1581 geflutet werden

1582 und darüber bis oben zum Schachtverschluss ist noch ein

1583 Restholraumvolumen von ca. 950.000 m³, der sich mit den täglichen

1584 Laugenzuflüssen (zurzeit 12.000 Liter pro Tag) selbst auffüllen soll. In

1585 den Folgejahren wirkt zwar die Konvergenz, aber dennoch haben diese
1586 zwei verschiedenen Flüssigkeiten, insgesamt eine ähnliche

1587 Flüssigkeitsmengen wie beim Konzept des Helmholz-Zentrums. 1m³

1588 Laugenzufluss kann 3m³ Carnalititsalz lösen.

1589 Beide Flüssigkeiten Mg-Chlorid-Lösung und der Laugenzufluss werden

1590 die Verpackungen und Bindungen des Atommülls in 10-100 Jahren

1591 auflösen, d.h. Radionuklide gehen in Lösung.

1592

1593

1594

Antragskommission:

Empfehlung:

Annahme

Weiterleitung an die
Landtags- und
Bundestagsfraktion

1595 **Antrag Nr. A 11**

1596

1597 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand**

1598

1599 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1600

1601

1602 **Starke und zukunftsfähige Kommunen in Niedersachsen**

1603

1604 **Leitantrag Kommunalpolitik**

1605

1606 Im Herbst 2011 sind die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zur
1607 Kommunalwahl aufgerufen. Nach dem Aufbruchsignal des
1608 Bundesparteitages von Dresden werden wir mit Überzeugung,
1609 Zuversicht und einem engagierten Wahlkampf erneut zur
1610 bestimmenden kommunalpolitischen Kraft in Niedersachsen werden.

1611

1612 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will starke und
1613 zukunftsfähige Kommunen.**

1614 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will eine adäquate**

1615 **Finanzausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden.**

1616 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will eine leistungsfähige,
1617 kommunale Daseinsvorsorge.**

1618 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will gute Bildung für alle.**

1619 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will im Rahmen ihrer**

1620 **Integrationsarbeit Chancen und Teilhabe für alle.**

1621 **Sozialdemokratische Kommunalpolitik will ausreichende**

1622 **Gestaltungsspielräume für politisches Handeln auf kommunaler
1623 Ebene.**

1624

1625

1626 Neben der notwendigen Verwaltung unseres Gemeinwesens stellt die
1627 aktive Gestaltung und nachhaltige Verbesserung des Lebens-, Arbeits-
1628 und Wohnumfeldes der Bürgerinnen und Bürger in den nieder-
1629 sächsischen Kommunen für uns die zentrale Herausforderung dar. In
1630 einer sich zunehmend schneller wandelnden Gesellschaft bieten die
1631 Kommunen den Menschen Vertrautheit und Heimat und sind erster
1632 und wichtigster Ansprechpartner vor Ort.

1633

1634

1635 **Schutzschirm für Städte, Gemeinden und Landkreise aufspannen**

1636

1637 Wir wollen eine lebendige lokale Demokratie, die die Angelegenheiten
1638 der örtlichen Ebene eigenverantwortlich regeln kann. Wir wollen, dass
1639 die Mitglieder der Räte und Kreistage, die OberbürgermeisterInnen,
1640 BürgermeisterInnen und LandrätInnen ausreichende
1641 Gestaltungsspielräume für ihr politisches Handeln bekommen.

1642

1643 Derzeit sind diese Gestaltungsspielräume jedoch auf ein Minimum
1644 zusammengeschrumpft. Rund 90% der kommunalen
1645 Finanzressourcen sind aufgrund gesetzlicher Bindungen zurzeit nicht
1646 beeinflussbar. Diese Entwicklung gefährdet die kommunale
1647 Selbstverwaltung, weil eigenverantwortliches Handeln in unseren
1648 Kommunen ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung nicht
1649 funktionieren kann. Lokale Demokratie lebt von Menschen, die
1650 mitmachen und die ihre Ideen und Wünsche zur Gestaltung des un-
1651 mittelbaren Lebensumfeldes einbringen. Wo allerdings kaum noch ein
1652 Gestaltungsspielraum existiert, sondern das „bloße Durchwinken“ von

Antragskommission:

Empfehlung:

Annahme

1653 defizitären Haushaltsplänen den kommunalpolitischen Alltag bestimmt,
 1654 leidet auch die Beteiligung an der örtlichen Demokratie. Die
 1655 mangelnde Finanzausstattung in den Städten, Gemeinden und
 1656 Landkreisen in Niedersachsen beschleunigt daher nicht nur das
 1657 Wachstum der Haushaltslöcher, sondern ermüdet auch die
 1658 Bereitschaft derjenigen, die bereit sind, sich im Ehrenamt
 1659 kommunalpolitisch zu engagieren.

1660
 1661 Mit großer Sorge betrachten wir daher, dass die Handlungsfähigkeit
 1662 der Kommunen zurzeit akut bedroht ist. Die Auswirkungen der
 1663 globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind immer deutlicher zu spüren.
 1664 Die Sozialausgaben der kommunalen Haushalte explodieren, die
 1665 Steuereinnahmen brechen bei der Einkommens- und Gewerbesteuer
 1666 auf dramatische Weise ein. Im Vergleich zum Jahr 2008 müssen die
 1667 Kommunen in Niedersachsen voraussichtlich mit 1,4 Milliarden Euro
 1668 weniger Einnahmen auskommen. Personalausgaben und
 1669 Pflichtaufgaben können vielerorts nur noch durch Kassenkredite
 1670 („Dispo-Kredite“) finanziert werden. Anfang des Jahres 2010 betrug die
 1671 Gesamtverschuldung mit Kassenkrediten aller kommunalen Gebiets-
 1672 körperschaften in Niedersachsen rund 4,5 Mrd. Euro – Tendenz
 1673 steigend! Die von der schwarz-gelben Bundesregierung angestrebten
 1674 Steuersenkungen werden ihren Teil zu einer weiteren Erosion der
 1675 Kommunalfinanzen beitragen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen
 1676 eine Klientelpolitik, die den Ruin unserer Städte und Gemeinden
 1677 billigend in Kauf nimmt. Wer regelmäßig in schwarz-gelben
 1678 Sonntagsreden die hohe Bedeutung der kommunalen
 1679 Selbstverwaltung betont, darf nicht ab montags durch
 1680 Steuergeschenke für Erben großer Vermögen und Hoteliers unser
 1681 kommunales Gemeinwesen schädigen! Es kann und darf nicht sein,
 1682 dass für diese Steuerentlastungen Spielräume vorhanden sein sollen,
 1683 es aber offensichtlich nicht möglich ist, eine kostenlose warme
 1684 Mittagsverpflegung in den Schulen zu gewährleisten!

1685
 1686 Viele Städte, Gemeinden und Landkreise sind aufgrund ihrer
 1687 Finanzsituation bereits völlig überfordert. Aus eigener Kraft und mit
 1688 eigenen Anstrengungen können sie trotz aller Bemühungen ihre
 1689 Finanzen nicht konsolidieren. Die SPD in Niedersachsen fordert
 1690 deshalb die Landes- und Bundesregierung auf, gemeinsam ihrer
 1691 Verantwortung gegenüber unseren Kommunen gerecht zu werden.

1692
 1693 Wir fordern

- 1694 • eine vollständige Kompensation für die durch das sog.
 1695 Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen
 1696 Einnahmeausfälle auf der kommunalen Ebene.
- 1697 • eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der
 1698 Unterkunft auf aktuell 35,4%. Dies würde die niedersächsischen
 1699 Kommunen um rund 150 Mio. Euro entlasten.
- 1700 • alle weiteren Maßnahmen und Vorhaben, die zu einer weiteren
 1701 Belastung der Kommunen führen würden, unverzüglich zu
 1702 unterlassen.
- 1703 • den Erhalt und die Revitalisierung der Gewerbesteuer als
 1704 wichtigster originärer Einnahmequelle der kommunalen
 1705 Gebietskörperschaften. Die grundgesetzlich verankerte
 1706 kommunale Selbstverwaltung wird nur funktionieren, wenn auch
 1707 eigene Steuereinnahmen und –quellen vorhanden sind. Zudem
 1708 fordern wir, in die Gewerbesteuererhebung auch die freien
 1709 Berufe einzubeziehen und die Bemessungsgrundlage zu
 1710 verbreitern (Mieten, Pachten, Leasingraten).

Antragskommission:

- 1711 • den Finanzausgleich auf 16,05% anzuheben (rund 100 Mio.
- 1712 Euro jährlich mehr für die Kommunen). Nach wie vor ist der
- 1713 Eingriff des Landes Niedersachsen in den kommunalen
- 1714 Finanzausgleich aus dem Jahr 2005 nicht ausgeglichen.
- 1715 • die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzipes aus Art 57 Abs.
- 1716 4 der Niedersächsischen Verfassung.

1717

1718

1719

Kommunale Daseinsvorsorge leistungsfähig erhalten

1720

1721

1722

1723

1724

1725

1726

1727

1728

1729

1730

1731

1732

Die SPD in Niedersachsen bekennt sich nachdrücklich zum Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen dauerhaft durch kommunale Unternehmen einen flächendeckenden und gleichberechtigten Zugang für alle zu lebenswichtigen Dienstleistungen und Gütern gewährleisten. Stadtwerke, kommunale Entsorger, Sparkassen, Wohnungs- und Verkehrsunternehmen, haben ein solides Wertefundament und leisten ihren Beitrag zur Umsetzung gesellschaftlicher Ziele, wie soziale Gerechtigkeit oder dem Klimaschutz. Für die öffentliche Daseinsvorsorge stehen nicht kurzfristige Gewinne, sondern dauerhafte Versorgungssicherheit der Bevölkerung und gute Servicequalität im Vordergrund.

1733

1734

1735

1736

1737

1738

1739

1740

1741

1742

1743

1744

1745

1746

Privatisierungen sind vor diesem Hintergrund oftmals kurzfristig und nicht gemeinwohlorientiert. Das von CDU/FDP propagierte „Privat vor Staat“ lehnen wir als Richtschnur unseres Handelns ab. Die Frage der Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge betrachten wir nicht dogmatisch. Es gilt das Primat der Kommunalpolitik. Sie muss entscheiden, was von wem in welcher Rechtsform gemacht wird. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Politik transparent sein. Eines sagen wir unmissverständlich: Eine „Rosinenpickerei“ darf es nicht geben. Eine Filetierung der kommunalen Daseinsvorsorge in gewinnträchtige und damit lukrative privatwirtschaftliche Bereiche einerseits und defizitäre öffentlich organisierte Leistungen andererseits findet unseren entschiedenen Widerstand.

1747

1748

1749

1750

1751

1752

1753

1754

1755

1756

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise haben öffentliche Unternehmen zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft ihren Beitrag geleistet. Diese Erfahrung bestärkt uns, die Renaissance kleiner und mittlerer Stadtwerke sowie kommunaler Entsorgungsunternehmen weiter aktiv voranzutreiben. Das Auslaufen vieler Konzessionsverträge bis zum Jahre 2017 bietet die Möglichkeit, über die energiepolitische Zukunft vor Ort zu entscheiden. Die hohe Akzeptanz kommunalwirtschaftlicher Unternehmen in der Bevölkerung und ihre Beiträge zur lokalen Wertschöpfung sind dabei für uns wichtige Argumente.

1757

1758

1759

1760

1761

1762

1763

Von besonderer Bedeutung ist für uns der Erhalt der Sparkassen. Nicht zuletzt in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben sie sich als Stabilitätsfaktor im deutschen Kreditwesen erwiesen. Wem das Vertrauen der KundInnen und SparerInnen in unser Bankensystem wichtig ist, der kann nicht auf die Verlässlichkeit und die Präsenz der Sparkassen vor Ort verzichten.

1764

1765

1766

1767

1768

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die Interessen der Beschäftigten. Das Erfordernis der Wirtschaftlichkeit darf nicht zu Lasten fairer und tariflicher Löhne gehen. Einen Unterbietungswettbewerb mit Dumpinglöhnen lehnen wir ab. Die Beschäftigten in öffentlichen wie in privaten Unternehmen müssen von

Antragskommission:

1769 ihren Löhnen ohne zusätzliche Sozialleistungen leben können. Wir
 1770 halten an unserer Forderung nach einem flächendeckenden
 1771 gesetzlichen Mindestlohn fest!
 1772
 1773 Dort, wo Europa und der Bund durch ihre rechtlichen Vorgaben den
 1774 Bestand kommunaler Unternehmen bedrohen, treffen sie auf unseren
 1775 politischen Widerspruch. Die kommunale Gestaltungsfreiheit in der
 1776 Daseinsvorsorge ist im EU-Vertrag von Lissabon als übergeordnetes
 1777 Recht definiert worden. Dies muss Eingang in die europäische
 1778 Politikgestaltung und das deutsche Wettbewerbsrecht finden. Wir
 1779 wollen zudem, dass interkommunale Kooperationen und Ko-
 1780 operationen von kommunalen Unternehmen, die zu leistungsfähigeren
 1781 und kostengünstigeren Strukturen im Interesse der Bürgerinnen und
 1782 Bürger führen, generell von den Regelungen des Wettbewerbsrechts
 1783 ausgenommen werden. Die SPD in Niedersachsen bekennt sich
 1784 nachdrücklich zum Grundgedanken der Subsidiarität:
 1785 Was vor Ort gemacht und entschieden werden kann, soll auch vor Ort
 1786 gemacht und entschieden werden!

1787

1788

1789 **Bildung für Alle**

1790

1791 Die SPD ist die Bildungspartei in Niedersachsen und in Deutschland.
 1792 Wir sind stolz darauf, in unserer langen Geschichte wichtige Impulse
 1793 für eine positive Entwicklung des Bildungssystems geliefert zu haben.
 1794 Leider müssen wir dennoch feststellen, dass in Deutschland wie in
 1795 kaum einem anderen Land die Bildungschancen unserer Kinder und
 1796 Jugendlichen von der Herkunft, den sozialen Verhältnissen und dem
 1797 Bildungsgrad der Eltern abhängig sind. Das alte sozialdemokratische
 1798 Ziel, mehr Chancengleichheit durch mehr Bildungsbeteiligung zu
 1799 erreichen, ist heute daher aktueller denn je.

1800

1801 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen schrittweise einen
 1802 stärkeren Einfluss der Kommunen auf die Bildungspolitik!

1803 Die kommunale Ebene mit ihren vielfältigen Aufgaben und Konzepten
 1804 kann eine stärkere Verantwortung für die Schulen zusammenführen
 1805 mit ihren vielfältigen Aufgaben und Konzepten in den Bereichen
 1806 Jugendhilfe, Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, den Musikschulen,
 1807 der Migrationsarbeit, der beruflichen Weiterbildung, der
 1808 Erwachsenenbildung bis hin zur Gesundheits- und Suchtprävention.
 1809 Einer besonderen Schlüsselrolle zur Verbesserung der Bildungs-
 1810 qualität in den Schulen kommt den Lehrerinnen und Lehrern zu. Ihre
 1811 Qualifikation und Identifikation mit der Schule und dem lokalen Umfeld
 1812 tragen wesentlich zum Bildungserfolg vor Ort bei. Deshalb wollen wir
 1813 die Mitwirkung der Schulträger bei der Auswahl der Lehrkräfte und
 1814 Schulleiter verbessern. Langfristig müssen wir auch prüfen, ob die
 1815 Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten noch
 1816 zeitgemäß ist. In Modellen wollen wir daher erproben, Schulen ganz in
 1817 kommunale Trägerschaft zu geben, um beurteilen zu können, welche
 1818 Gestaltungschancen den Risiken bei der Lehrerversorgung
 1819 gegenüberstehen.

1820

1821 Selbstverständlich setzt die Übernahme weiterer Aufgaben durch die
 1822 Kommunen eine verfassungsrechtlich abgesicherte Finanzierung
 1823 voraus. Die Aufgabenübertragung auf die Kommunen hat unter
 1824 Beachtung des Konnexitätsprinzips zu erfolgen. Im Umfang der
 1825 übernommenen Aufgaben sind auch die erforderlichen Finanzmittel
 1826 bereitzustellen.

Antragskommission:

- 1827
 1828 Sozialdemokratische Bildungspolitik unterstützt Eltern in dem Wunsch,
 1829 ihren Kindern den bestmöglichen Schulabschluss und damit einen
 1830 optimalen Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Deshalb
 1831 verfolgt unser Bildungskonzept auch kein ideologisches Ziel, sondern
 1832 orientiert sich an der Frage nach der bestmöglichen Bildungsstruktur
 1833 für die Schülerinnen und Schüler. Die sinkenden Anmeldezahlen an
 1834 den Hauptschulen und die steigende Nachfrage nach gymnasialen
 1835 Angeboten sprechen eine deutliche Sprache. Die SPD in Nieder-
 1836 sachsen will unter Beachtung pädagogischer Qualitätskriterien zur
 1837 Einlösung des Elternwillens die Hürden für die Errichtung neuer
 1838 Gesamtschulen deutlich absenken. Wir wollen, dass auch drei- und
 1839 vierzügige Gesamtschulen – in Ausnahmefällen auch zweizügige
 1840 Systeme – möglich werden. Für eine bessere schulische Förderung
 1841 aller Kinder wollen wir zudem die Einrichtung von
 1842 Ganztagsschulangeboten in allen Schulformen durchsetzen.
 1843
 1844 Kinder wollen lernen und entdecken. Eltern wollen ein qualitativ
 1845 hochwertiges und verlässliches Angebot an Tagesbetreuung. Der
 1846 quantitative und qualitative Ausbau der öffentlichen
 1847 Kindertagesbetreuung ist daher ein Kernanliegen sozialdemokratischer
 1848 Politik. Wir wollen die Angebotsvielfalt in der Kinderbetreuung erhalten
 1849 und ausbauen. Unterschiedliche Angebote sichern flexible
 1850 Betreuungszeiten. Durch einen individuellen Zuschnitt müssen auch
 1851 Betreuungsangebote am Abend, am Wochenende oder über Nacht
 1852 gesichert sein.
 1853 Die vor Ort erforderliche Flexibilität bei der Ausgestaltung von Kinder-
 1854 tagesbetreuung darf nicht durch Richtlinien, Verwaltungsvorschriften
 1855 und Ausführungsbestimmungen - wie sie derzeit vielfach bestehen -
 1856 eingeengt werden. Das Verfahren für die Erteilung der
 1857 Betriebserlaubnisse für Kindertageseinrichtungen wollen wir auf der
 1858 Ebene der Kommunen verankern. Wir vertrauen den Verantwortlichen
 1859 in der Kommunalpolitik, dass sie ihrer Verantwortung für die
 1860 Kindertagesbetreuung eigenverantwortlich gerecht werden.
 1861
 1862 Die SPD in Niedersachsen strebt die Beitragsfreiheit für alle drei
 1863 Kindergartenjahre an. Wir wollen die Eltern entlasten und die
 1864 Bildungschancen unserer Kinder erhöhen, frühzeitig und individuell
 1865 gefördert zu werden. Der Elementarbereich ist in unserem Verständnis
 1866 ein wichtiger Teil der Bildungspolitik. Insbesondere das Land
 1867 Niedersachsen ist deshalb gefordert, seinen Beitrag zur finanziellen
 1868 Unterstützung der Kommunen zu leisten.
 1869
 1870 Nach unserem Verständnis sind Kindertageseinrichtungen nicht mehr
 1871 nur bloße Betreuungseinrichtungen, sondern kompetente Partner der
 1872 Eltern und Familien in Erziehungs- und Bildungsfragen. Sie sollen zu
 1873 einer eigenständigen Bildungseinrichtung werden. Die Ausbildung der
 1874 Erzieherinnen und Erzieher muss den geänderten fachlichen
 1875 Anforderungen angepasst werden.
 1876
 1877 **Integrationspolitik – Chancen und Teilhabe in unseren**
 1878 **Kommunen**
 1879
 1880 Für die SPD in Niedersachsen ist Integration als eine gesellschaftliche
 1881 Schlüsselaufgabe. Hier gilt es die Chancen zu nutzen und die
 1882 unterschiedlichen Potentiale der Menschen mit Migrationshintergrund
 1883 einzubeziehen, denn dies ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft.

Antragskommission:

1884

1885 Unser Ziel ist es, das gute und friedliche Miteinander aller hier
 1886 lebenden Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – zu erreichen.
 1887 Eine Kommune, in der ethnische oder soziale Gruppen nicht mit-
 1888 einander, sondern nebeneinander leben, ist mit unserem Politik-
 1889 verständnis nicht vereinbar.

1890 Das Zusammenwachsen einer Gesellschaft erfolgt durch
 1891 gegenseitigen Respekt und konkrete Teilhabemöglichkeiten.

1892 Das Fundament unseres Zusammenlebens ist dabei unsere
 1893 demokratische Grundordnung. Erfolgreiche Demokratie muss aktiv
 1894 gelebt werden und sie entsteht auch durch die Möglichkeit der
 1895 politischen Teilhabe. Darum bekennen wir uns ausdrücklich zu einem
 1896 kommunalen Ausländerwahlrecht auch für Menschen, die keine EU-
 1897 Staatsbürgerschaft haben. Wir unterstützen den Antrag zur Änderung
 1898 des Grundgesetzes. Wer seit 6 Jahren in Deutschland lebt, soll in
 1899 seiner Kommune wählen können.

1900

1901 Dabei wissen wir: Integration gelingt nicht von selbst. Sie kann auch
 1902 nicht „von oben“ verordnet werden. Da sie aber eine
 1903 Querschnittsaufgabe ist, muss sie in allen Politikbereichen der
 1904 Landkreise, Städte und Gemeinden verankert werden. Dies bedarf
 1905 einer zentralen Steuerung unter Einbeziehung der Menschen mit
 1906 Migrationshintergrund. Es betrifft die Kindergärten, Schulen, Jugend-
 1907 einrichtungen, die Stadtentwicklung, die Gesundheitsförderung, die
 1908 Gleichstellungs- oder die Seniorenarbeit - und nicht zuletzt auch die
 1909 Kommunalverwaltung und die politischen Gremien selbst. Alle Städte
 1910 und Landkreise sollten langfristig ein Integrationskonzept erarbeiten
 1911 und sich darüber im Klaren werden, wie Menschen verschiedener
 1912 Kulturen einen Beitrag für eine offene und tolerante Kommune leisten
 1913 können.

1914

1915 Integrationsbeiräte – wie es sie an verschiedenen Orten mittlerweile
 1916 gibt – sind dann ein sinnvolles Element lokaler Integrationspolitik,
 1917 wenn die Mitglieder mit ihren Anregungen und Ideen wirklich
 1918 einbringen.

1919

1920 Eine erfolgreiche Integration setzt aber auch gute Kenntnisse unserer
 1921 Sprache, ausreichende Bildungsabschlüsse und den Zugang zu
 1922 Ausbildung und Arbeit voraus. Besonders wichtig finden wir, dass die
 1923 Bildungsanstrengungen und Bildungsförderung früh ansetzen, da sie
 1924 nur dann die Integrationschancen erhöhen.

1925 Unser Land, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft können auf
 1926 niemanden verzichten, wenn wir gemeinsam erfolgreich sein wollen!

1927

1928

1929 **Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik in**
 1930 **Niedersachsen**

1931

1932 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker
 1933 beurteilen bei sich vor Ort, welche Politik in den Gemeinden, Städten
 1934 und Landkreisen unseres Bundeslandes den Menschen am meisten
 1935 dient. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den
 1936 gesellschaftlichen Akteuren in den Vereinen, Verbänden und
 1937 Organisationen arbeiten sie engagiert an der positiven Gestaltung
 1938 ihres unmittelbaren Lebensumfeldes. Die örtlich teilweise sehr

Antragskommission:

1939 unterschiedlichen Herausforderungen bedingen, dass es nicht die eine
1940 Kommunalpolitik für alle Kommunen gibt. Prosperierenden Regionen
1941 mit Bevölkerungswachstum stehen Teilbereiche unseres
1942 Bundeslandes gegenüber, die bei abnehmenden Bevölkerungszahlen
1943 darum kämpfen, ihre kommunale Infrastruktur aufrecht erhalten zu
1944 können.
1945 Dennoch lassen sich für wichtige Politikbereiche gemeinsame
1946 Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik beschreiben.
1947 Sie bilden den Rahmen einer erfolgreichen Kommunalpolitik für die
1948 Menschen in Niedersachsen!
1949

Antragskommission:

1950 **Antrag Nr. A 12**

1951

1952 **Antragsteller: AsJ-Landesvorstand**

1953

1954 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

1955

1956

1957

1958

1959 **Jugendgewalt verhindern – Chancen schaffen**

1960 Eckpunkte für ein Präventionskonzept zur Verhinderung von

1961 Jugendkriminalität

1962

1963

1964 Das gesellschaftliche Klima im Umgang mit Jugendgewalt hat sich
 1965 verändert. Zwar ist die Gewalt an Schulen objektiv zurückgegangen -
 1966 zugenommen haben allerdings die Sensibilität der Lehrerinnen und
 1967 Lehrer sowie der Aufsichtspersonen gegenüber Gewalt und die
 1968 Bereitschaft der Opfer, sich zu offenbaren. Gewalt unter Jugendlichen
 1969 wird vermehrt zur Anzeige gebracht. Ernsthafte tätliche
 1970 Auseinandersetzungen auf dem Schulhof oder auf der Straße, das
 1971 „Abziehen“ von Altersgenossen oder Gewaltausübungen in Gruppen
 1972 werden heute zu Recht zunehmend als Straftaten qualifiziert.

1973

1974 Jede Gewalttat ist eine zu viel; jedes Opfer bedarf der Hilfe und des
 1975 Schutzes. Es ist ein wichtiges Ziel unserer Politik, ein
 1976 gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Gewalt konsequent als
 1977 abweichendes Verhalten und ab einem bestimmten Niveau auch als
 1978 kriminelles Verhalten bezeichnet und gehandhabt wird.

1979

1980 Wir müssen verstehen, wie es zu Jugendkriminalität kommt, um das
 1981 Entstehen von Kriminalität verhindern und andererseits angemessen
 1982 und ursachenbezogen auf Kriminalität reagieren zu können.

1983

1984 **Ursachen von Kriminalität verstehen**

1985

1986 Viele Täter erleben schon in ihren Familien Gewalt – Gewalt gegen sie
 1987 selbst, gegen ihre Geschwister oder Eltern. Kinder und Jugendliche,
 1988 die unter Gewalt in ihren Familien gelitten haben, werden oft selbst
 1989 gewalttätig, weil sie Gewalt in ihrer unmittelbaren Wirklichkeit als ein
 1990 normales Verhalten und als normales Mittel der Konfliktlösung erlebt
 1991 haben und sie niemand etwas anderes gelehrt hat.

1992

1993 Gewalttätig werden häufig Jungen, die vom ersten Schultag die
 1994 Erfahrung machen, chancenlos zu sein. Viele Kinder und Jugendliche,
 1995 die kriminell werden, kommen aus bildungsfernen Familien. Sie haben
 1996 bereits vom ersten Schuljahr an deutlich erschwerte
 1997 Startbedingungen. Viele sprechen die deutsche Sprache nicht
 1998 hinreichend, ihnen wurde nicht vorgelesen, sie sind nicht an das
 1999 Potential ihrer eigenen Fantasie, an Spiele und Beschäftigungen, die
 2000 ihre kognitive Leistungsfähigkeit aufbauen, herangeführt worden.
 2001 Schon die Kernkompetenzen im Bereich des Lesens, Schreibens und
 2002 Rechnens werden nicht wirklich erworben, der Abstand zu den
 2003 Mitschülerinnen und Mitschülern wird dann in den weiterführenden
 2004 Schulen immer größer, Schulabschlüsse rücken in unerreichbare
 2005 Ferne.

2006

Antragskommission:

Empfehlung:

Annahme

*Weiterleitung an die
 Landtags- und
 Bundestagsfraktion und
 den Bundesparteitag*

- 2007 Viele Kinder und Jugendliche, die kriminell werden, kommen aus
 2008 Familien, in denen kaum jemand Zeit für sie hat, in denen sie zu wenig
 2009 Zuneigung und Geborgenheit bekommen, keine sozial-emotionale
 2010 Förderung und zu wenig Bildung. Keiner hat darauf geachtet, ob sie
 2011 ein warmes Essen bekommen oder wo sie ihre Tage und
 2012 Abende verbringen, ob sie zur Schule gehen oder ihre Hausaufgaben
 2013 machen.
 2014
 2015 Viele Täter hatten schon in früher Kindheit unkontrollierten Zugang zu
 2016 Medien, in denen sie brutalsten Darstellungen ausgesetzt sind.
 2017 Brutalste Gewalt in Film und Fernsehen und in Computerspielen ist
 2018 ein tagtäglich Begleiter von immer mehr Kindern und Jugendlichen.
 2019 Gewalt verliert so ihren Schrecken, wird zur Normalität, die oft
 2020 schrecklichen Folgen von Gewalt werden nicht wahrgenommen. Erst
 2021 in Kombination mit Faktoren wie Gewalt in der Familie, sozialer
 2022 Randlage, Misserfolg in der Schule und/oder falsche Freunde, aber
 2023 bewirken solche Spiele, dass Jugendliche mit höherer
 2024 Wahrscheinlichkeit gewalttätig werden.
 2025
 2026 Kinder und Jugendliche aus schwierigen familiären und sozialen
 2027 Kontexten werden immer wieder ausgegrenzt und an den Rand
 2028 geschoben. Insbesondere die Schule signalisiert, dass diejenigen, die
 2029 stören und nicht die eingeforderten Leistungen bringen, unerwünscht
 2030 sind. Suspendierungen, Klassenwiederholungen, Umschulungen,
 2031 später irgendwann die endgültige Abschlusung ohne Abschluss,
 2032 fehlende Chancen auf dem Arbeitsmarkt – wer nicht dazu gehören
 2033 darf, benimmt sich auch nicht mehr nach den Regeln der Gesellschaft.
 2034
 2035 Der stärkste Einfluss auf Jugendgewalt geht von der Zahl der
 2036 delinquenten Freunde aus, mit denen die Jugendlichen in ihrem
 2037 sozialen Netzwerk verbunden sind. Diese sozialen Netzwerke der
 2038 Jugendlichen aber sind in hohem Maße durch die Art der besuchten
 2039 Schulen sowie durch ihre Freizeitaktivitäten geprägt. Da es an
 2040 Hauptschulen und Fördererschulen zunehmend zu einer
 2041 Konzentration von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen
 2042 mit vergleichsweise hoher Delinquenzbelastung gekommen ist,
 2043 erweist sich der Besuch dieser Schultypen als eigenständiger
 2044 Verstärkungsfaktor der Jugendgewalt. Ausgrenzung geschieht aber
 2045 auch in Form von sich verfestigenden problematischen
 2046 Sozialstrukturen in bestimmten Stadtvierteln.
 2047
 2048 Einen eigenständigen Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten von
 2049 Jugendlichen stellt der weit verbreitete Konsum von Alkohol und
 2050 illegalen Drogen dar.
 2051
 2052 **Ursachenbezogen auf Kriminalität reagieren**
 2053
 2054 Wir müssen noch deutlicher und konsequenter als bislang die
 2055 Lebensbedingungen ändern, aus denen heraus Jugendgewalt
 2056 entsteht, mit dem primären Ziel, den Jugendlichen zu helfen und
 2057 Chancengleichheit herzustellen.
 2058
 2059 Das staatliche Engagement im Bereich von Bildung und Betreuung in
 2060 Kindertagesstätten und Schulen ist ein aktiver und wichtiger Beitrag
 2061 zur Kriminalitätsprävention. Aus verschiedenen Schulstudien wissen
 2062 wir, dass die fehlende familiäre Förderung ausgeglichen wird und die
 2063 Chancengerechtigkeit steigt, je länger ein Kind eine vorschulische

Antragskommission:

2064 Einrichtung besucht. Vor allem bei Kindern aus sozial benachteiligten
 2065 Familien haben frühkindliche Bildungsangebote einen langfristig
 2066 positiven Effekt auf die Lernleistung.

2067
 2068 Wir müssen die Chancengleichheit von Jugendlichen und
 2069 Heranwachsenden erhöhen. Dafür brauchen wir:

- 2070
- 2071 • beitragsfreie Kindertagesstätten mit bedarfsgerechten
 2072 Öffnungszeiten
- 2073
- 2074 • eine ausreichende Sprachförderung für Kinder (nicht nur mit
 2075 Migrationshintergrund)
- 2076
- 2077 • den Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren mit
 2078 Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern,
- 2079
- 2080 • kostenfreies Mittagessen in Ganztageseinrichtungen (Kitas und
 2081 Schulen)
- 2082
- 2083 • die Verzahnung von Kita und Grundschule sowie flexible
 2084 Eingangsstufen an den Grundschulen
- 2085
- 2086 • ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich
 2087 zusammen und voneinander lernen. Wir wollen längeres
 2088 gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller
 2089 Förderung
- 2090
- 2091 • Regelmäßige Informationsveranstaltungen für Eltern mit
 2092 Migrationshintergrund, ggf. in der jeweiligen Landessprache
- 2093
- 2094 • einen flächendeckenden Ausbau von gebundenen
 2095 Ganztagschulen mit Mittagstisch, Hausaufgabenbetreuung
 2096 und strukturiertem Freizeitangebot
- 2097
- 2098 • eine intensive Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule
- 2099
- 2100 • eine kontinuierliche Abstimmung der pädagogischen
 2101 Handlungsoptionen zwischen den Einrichtungen der
 2102 frühkindlichen Bildung, der Jugendpflege und der Schule
- 2103
- 2104 • Unterstützungsmodelle nach dem Vorbild der amerikanischen
 2105 SummerSchools in den Schülerinnen und Schüler ihre Defizite
 2106 aufarbeiten können
- 2107
- 2108 • Partizipationsmöglichkeiten wie kommunale Jugendparlamente

2109
 2110
 2111 Nur wer Familien- und Schulpolitik, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik,
 2112 Stadtteil- und Wohnungsbaupolitik, aber auch Steuerpolitik zu einem
 2113 gesamtpolitischen Ansatz für eine familien- und kinderfreundliche
 2114 Gesellschaft miteinander verzahnt, nur der wird gleichsam als
 2115 Nebenprodukt auch nachhaltig und erfolgreich Jugendkriminalität
 2116 bekämpfen können.

2117
 2118 Insbesondere Maßnahmen zur Integration oder individuellen
 2119 Förderung erfordern aufgrund ihrer Komplexität ein Zusammenwirken
 2120 von Grund- und weiterführenden Schulen, Jugendpflege und -hilfe mit

Antragskommission:

- 2121 ihren gruppen- und einzelfallbezogenen niedrighschwelligen
 2122 (Hilfs-) Angeboten. Die Bündelung unterschiedlicher Professionalitäten
 2123 und Ressourcen bietet am ehesten die Chance, Bildungsprobleme zu
 2124 lösen und die Voraussetzungen für Bildungserfolge zu schaffen. Dies
 2125 ist am besten zu sichern, wenn Kindertagesstätten zu Familienzentren
 2126 und Schulen zu Stadtteilzentren mit umfassenden Ganztagsangeboten
 2127 werden.
 2128
- 2129 Wir brauchen Strukturen in den Schulen, die es ermöglichen,
 2130 Schülerinnen und Schüler, die auffallen und abzugleiten drohen,
 2131 individuell aufzufangen und ihnen Perspektiven eines
 2132 Schulabschlusses, einer Ausbildung und eines Berufes zu geben. Die
 2133 Schulen müssen dabei in hinreichender Weise mit
 2134 sozialpädagogischer Kompetenz ausgestattet werden. Dies kann
 2135 teilweise durch eine engere Kooperation mit der Jugendpflege
 2136 geschehen. Wichtig ist es allerdings auch, dass Lehrerinnen und
 2137 Lehrer über ausreichende sozialpädagogische Kompetenz verfügen.
 2138 Sie sollten mindestens einmal jedes Kind ihrer Klasse zu Hause
 2139 besuchen. Es erleichtert ihnen anschließend den Umgang mit den
 2140 Kindern, wenn sie wissen, in welchen Verhältnissen ihre Schülerinnen
 2141 und Schüler leben.
 2142
- 2143 Schulschwänzen ist ein Alarmsignal, auf das reagiert werden muss
 2144 und das nicht ignoriert werden darf. Hier müssen Schulen, Schul- und
 2145 Jugendämter sowie die Polizei abgestimmt vorgehen.
 2146
- 2147 Die Abschiebespirale schwieriger Jugendlicher von Schule zu Schule,
 2148 von Einrichtung zu Einrichtung endet nicht selten in der Kriminalität.
 2149 Die Schulen müssen sich ihrer Verantwortung für diese Jugendlichen
 2150 stellen – Abschieben und Ausgrenzen und irgendwann dann
 2151 Einsperren darf nicht die vermeintlich „einfache“ Lösung sein.
 2152
- 2153 Wer keinen Schulabschluss hat, hat keine Perspektive.
 2154 Perspektivlosigkeit ist eine Ursache von Kriminalität. Daher darf
 2155 möglichst niemand ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen,
 2156 kein Jugendlicher darf nach der Schule ohne Ausbildungsplatz oder
 2157 schulisches Angebot in die Perspektivlosigkeit entlassen werden.
 2158
- 2159 Wir brauchen eine konsequente Umsetzung der in den letzten Jahren
 2160 eingeführten Maßnahmen gegen Gewalt in der Familie. Wir müssen
 2161 die gesellschaftliche Aufklärung fortsetzen: Gewalt in der Familie ist
 2162 oft Gewalt von Männern gegen Frauen und Kinder. Was gesetzlich seit
 2163 langem verboten ist, muss auch gesellschaftlich geächtet sein.
 2164
- 2165 Flächendeckend sind Stellen für die Beratung nach dem
 2166 Gewaltschutzgesetz für Opfer häuslicher Gewalt einzurichten. Frauen,
 2167 deren gewalttätiger Partner aus der Wohnung gewiesen wurde,
 2168 erhalten dadurch ein Hilfsangebot durch telefonische oder auch
 2169 aufsuchende Beratung. Damit erhalten auch Frauen, die sonst von sich
 2170 aus keine Unterstützung gesucht hätten, in einer Krisensituation
 2171 konkrete Hilfsangebote. Hier ist der Schutz der Frauen zugleich der
 2172 Schutz für Kinder und Jugendliche.
 2173
- 2174 Wir brauchen genügend qualifiziertes Personal für Sozialarbeit, das
 2175 sich täglich und intensiv mit gefährdeten Jugendlichen befasst, ihr
 2176 Vertrauen gewinnt und rechtfertigt. Wir brauchen Sozialarbeiterinnen
 2177 und Sozialarbeiter, die sich mit den Bezugsgruppen (peer-groups)
 2178 auseinandersetzen und die schlechten Vorbilder zumindest so weit

Antragskommission:

2179 durch gute ersetzen, wie es notwendig ist, um den Jugendlichen
2180 andere Möglichkeiten aufzuzeigen.
2181
2182 Wir brauchen in verstärktem Maße Mittel und Personal für Suchthilfe,
2183 um diejenigen zu helfen, die sich bereits auf die Flucht aus der
2184 Realität in die Sucht begeben haben.
2185
2186 Wir müssen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Heranwachsenden
2187 als das zentrale Problem unseres Landes sehen. Dazu bedarf es der
2188 Schaffung und Sicherung von staatlich finanzierten Ausbildungs- und
2189 Arbeitsplätzen auf dem zweiten Arbeitsmarkt.
2190

Antragskommission:

2191 **Antrag Nr. A 13**

2192

2193 **Antragsteller: SPD-UB Grafschaft Bentheim**

2194

2195 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

2196

2197

2198

2199

2200 **Fairness auf dem Arbeitsmarkt – Leiharbeit neu ordnen**

2201 Der Parteitag begrüßt das neue, vom SPD-Präsidium vorgestellte

2202 Konzept „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. Es sieht wichtige

2203 Nachbesserungen der nach der Agenda 2010 verabschiedeten sog.

2204 Hartz-Gesetze vor.

2205

2206 Leider fehlt die notwendige Revision des durch das 1. Gesetz für

2207 moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I) ab 2004 erneut

2208 aufgeweichte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Insbesondere wurde

2209 das gesetzliche, seit 1972 verankerte Befristungs-, Synchronisations-

2210 und Wiedereinstellungsverbot gelockert sowie die zeitliche

2211 Beschränkung der Überlassungsdauer durch ein

2212 Zeitarbeitsunternehmen auf höchstens 2 Jahre (ursprünglich sogar nur

2213 3 Monate) aufgehoben. Somit können heute Unternehmen für einen

2214 unbeschränkten Zeitraum Zeitarbeitsfirmen anheuern, deren

2215 Arbeitnehmer/innen ausleihen und sie von einer Befristung in die

2216 andere schicken.

2217

2218 Die ab 2004 geforderte Gleichbehandlung mit den

2219 Stammbeschaften wurde durch niedrige Tarifverträge insbesondere

2220 der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit,

2221 unterlaufen. So wird Lohndumping im großen Stil praktiziert und die

2222 Beschäftigten mit Niedrigstlöhnen von teilweise 4–5 Euro abgespeist,

2223 was sie zu sog. Aufstockern durch Sozialgeld werden lässt.

2224

2225 Eine unglaubliche Ausweitung der Leiharbeit hat in den letzten Jahre

2226 stattgefunden: sie stieg von 2005 bis 2009 um rd. 84% und beträgt

2227 mittlerweile rd. 800 000 Beschäftigte. Je nach Region nimmt sie einen

2228 Anteil von 12% auf dem Arbeitsmarkt ein. Alle Branchen und

2229 Arbeitnehmergruppen sind mittlerweile betroffen; nicht nur

2230 gewerbliche männliche Arbeitnehmer, sondern zunehmend auch

2231 Frauen in Büroberufen und im Einzelhandel.

2232

2233 Dringend erforderlich sind neben - den im Konzept angesprochenen –

2234 Re-Regulierungen (Befristungen nur aus sachlichem Grund,

2235 Synchronisationsverbot) weitere Schritte:

2236

2237 - Einführung der maximalen Dauer von 6 Monaten für die

2238 Inanspruchnahme von Leiharbeit

2239 - Sicherstellung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche

2240 Arbeit“

2241 ggfs. durch Zahlung einer Prekaritätsprämie

2242

2243

2244 - im Verhältnis zur Stammbeschaft darf die Zahl der Leih-

2245 arbeitnehmer/innen im Jahresdurchschnitt 10 % nicht

2246 übersteigen

2247 - gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze

Antragskommission:***Empfehlung:****Erledigt durch Annahme
einer Resolution zum
Thema*

2248
2249
2250
2251
2252
2253
2254
2255
2256
2257
2258
2259
2260
2261
2262
2263
2264
2265
2266
2267
2268
2269
2270
2271
2272
2273
2274
2275
2276
2277
2278
2279
2280
2281
2282
2283
2284
2285
2286
2287
2288
2289
2290
2291
2292
2293
2294
2295
2296
2297

Begründung:

Eine große Einzelhandelskette machte kürzlich Schlagzeilen, weil sie alle Verkäuferinnen entlassen und als Leiharbeiterinnen mit entsprechend niedrigen Löhnen wieder eingestellt hatte. In Pflegeeinrichtungen, konzerninternen Dienstleistungsbereichen usw. übernehmen sog. Servicegesellschaften die Personalversorgung als Verleiher zulasten von fest eingestellten Kräften. Die Ursprungsidee des AÜG wonach Zeitarbeit saisonale Schwankungen und Auftragsspitzen abfangen sollte, wurde zunehmend pervertiert und in eine Maßnahme von Lohndrückerei und ständiger Befristung ausgeweitet, durch den sog. „Drehtüreffekt“ werden ganze Belegschaften ausgetauscht und arbeiten zu schlechteren Bedingungen auf ihren bisherigen Arbeitsplätzen weiter.

Für Arbeitnehmer/innen sind dies auf Dauer unsichere Arbeits- und Einkommensverhältnisse, denn die Brückenfunktion in reguläre Beschäftigung konnte statistisch nicht erhärtet werden. Besonders Junge Leute werden ihrer Berufs- und Lebensplanungen beschnitten. Eine Untersuchung zum Arbeitsmarkt in der Grafschaft Bentheim von der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahre 2009 ergab: die Leiharbeit hat in dieser Region von 2005 bis 2008 insgesamt um 140 % zugenommen, die der Männer um 125 % und die der Frauen um 227 %! Das Problem ist also nicht auf Metropolregionen mit Großunternehmen beschränkt, sondern flächendeckend anzutreffen.

Auch in den Nachbarländern ist Leiharbeit zunehmend ein Problem. Prekaritätsprämien werden in Frankreich gezahlt, um den Arbeitnehmer/innen einen Ausgleich für ihre materiellen und immateriellen Benachteiligungen zu verschaffen. Die Kostenvorteile des Entleihers schrumpfen dadurch weitgehend.

Für Betriebe mit Betriebsräten wäre es mit einer schärferen gesetzlichen Regelung leichter, den Grundsatz gleicher Lohn für - gleiche Arbeit - durchzusetzen, für gefällige „gelbe“ Gewerkschaften schwieriger, Billig-Tarifverträge abzuschließen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist dringend erforderlich, um Lohnuntergrenzen für Verleih- und Entleihunternehmen gleichermaßen festzulegen. Eine EU-Richtlinie von 2008 fordert die Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern mit den Stammbeslegschaften.

Eine maximale Quote analog der Höhe der Anzeigepflicht bei Massenentlassungen wäre sinnvoll, um Stammbeslegschaften zu schützen und den ursprünglichen Sinn des AÜG, Auftragsschwankungen und -spitzen abzufedern, wieder in den Vordergrund zu rücken.

Antragskommission:

2298 **Antrag Nr. S 1**

2299

2300 **Antragsteller: SPD Landesvorstand**

2301

2302 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

2303

2304

2305

2306 **Satzung und Wahlordnung**

2307

2308 des

2309 Landesverbandes Niedersachsen

2310 der

2311 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2312

2313 (Beschlossen am 21. Juni 2008)

2314

2315

2316 **§ 1 Name und Sitz**

2317

2318 (1) Die Bezirke Braunschweig, Hannover, Nord-Niedersachsen
2319 und Weser-Ems bilden den Landesverband Niedersachsen der
2320 SPD. Dieser Verband ist eine Organisationsgliederung im Sinne
2321 von § 8 Abs. 3 des Organisationsstatuts der SPD.

2322

2323 (2) Sitz des Landesverbandes ist Hannover.

2324

2325

2326 **§ 2 Aufgaben**

2327

2328 (1) Der Landesverband trägt die Verantwortung für die
2329 politische Arbeit der SPD in Niedersachsen gemäß den
2330 Bestimmungen dieser Satzung.

2331

2332 (2) Der Landesverband nimmt die landespolitischen Aufgaben
2333 der SPD in Niedersachsen wahr. Er arbeitet mit den
2334 sozialdemokratischen Kommunalvertretungen, Bürgermeister-
2335 Innen, OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen zusammen.

2336

2337 (3) Er bereitet die Landtagswahlen vor und ist verantwortlich für
2338 deren Durchführung.

2339

2340 (4) Er koordiniert Vorbereitung und Durchführung der
2341 Kommunalwahlen.

2342

2343 (5) Er nimmt die bezirksübergreifenden Aufgaben bei den
2344 Bundestags- und Europawahlen in Niedersachsen wahr.

2345

2346 (6) Der Landesverband übernimmt ferner solche Aufgaben, die
2347 ihm von den SPD-Bezirken im Lande Niedersachsen durch
2348 übereinstimmenden Beschluss der Bezirksvorstände übertragen
2349 worden sind.

2350

Antragskommission:

Empfehlung:

Annahme in geänderter
Fassung

Ersetze § 1 Abs.1 durch:

„Die Bezirke
Braunschweig, Hannover,
Nord-Niedersachsen und
Weser-Ems bilden den
Landesverband der SPD
nach § 8 Abs.3 des
Organisationsstatuts der
SPD.“

2351 (7) Der Landesverband ist verantwortlich für die Erarbeitung aller
 2352 landespolitischen Initiativen und landespolitischen
 2353 Entscheidungen der SPD. Er vertritt die landespolitischen
 2354 Interessen der SPD auf Bundesebene. Der Landesverband
 2355 bündelt die regionalen Kräfte für landesweite Kampagnen. Er ist
 2356 für die Qualifikation der ehrenamtlichen und hauptamtlichen
 2357 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD zuständig.

2358

2359 Für diese Aufgaben wird der Landesverband gestärkt und erhält
 2360 dafür die erforderliche finanzielle und personelle Ausstattung
 2361 durch die Bezirke.

2362

2363 (8) Der Landesverband leitet und koordiniert die Arbeit der
 2364 Parteiorganisation, soweit sie für die Erfüllung der oben
 2365 genannten Aufgaben erforderlich ist.

2366

2367

2368 § 3 Organe

2369

2370 Die Organe des Landesverbandes sind

2371 a) der Landesparteitag

2372 b) der Landesvorstand

2373 c) der Landesparteirat.

2374

2375

2376 § 4 Landesparteitag

2377

2378 (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des
 2379 Landesverbandes.

2380

2381 (2) Er setzt sich zusammen aus den in den Bezirken gewählten
 2382 200 Delegierten und den Landesvorstandsmitgliedern. Dabei
 2383 sollen die Unterbezirke angemessen berücksichtigt werden.

2384

2385 Die Verteilung der Mandate auf die Bezirke erfolgt nach der
 2386 Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier Quartalen
 2387 Pflichtbeiträge abgerechnet worden sind.

2388

2389 (3) Mit beratender Stimme nehmen am Landesparteitag teil,
 2390 soweit sie nicht ordentliche Delegierte sind:

2391

2392 1. je zwei Mitglieder der vier Bezirksvorstände,

2393 2. die beratenden Mitglieder des Landesvorstandes,

2394 3. der / die Vorsitzende des Landesparteirats,

2395 4. vier VertreterInnen der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen,

2396 5. die sozialdemokratischen nieders. Bundes- und

2397 LandesministerInnen,

2398 6. zwei nieders. VertreterInnen der SPD-Bundestagsfraktion,

2399 7. ein/e nieders. VertreterIn der SPD-Europaabgeordneten

2400 8. der/die Sprecher/innen der Foren

2401

2402 (4) Der ordentliche Landesparteitag findet alle zwei Jahre statt.

2403 Er ist vom Landesvorstand spätestens drei Monate vor dem

Antragskommission:

Ersetze § 4 Abs.2 S.2 durch:

„Die Verteilung der Mandate auf die vier Bezirke erfolgt nach dem Verhältnis der abgerechneten Mitgliederzahl des letzten Kalenderjahres vor der Einberufung des Parteitages. Bezirkssatzungen können bestimmen, dass die Wahl der auf den Bezirk entfallenden Delegierten durch die Unterbezirksparteitage erfolgt.“

Setze in § 4 Abs.3 Nr.8 hinter Foren ein: „und Projektgruppen“.

- 2404 vorgesehenen Termin mit Angabe der vorläufigen Tagesordnung
 2405 einzuberufen.
 2406
 2407 (5) Antragsberechtigte zum Landesparteitag sind die Ortsvereine,
 2408 die Unterbezirke, die Bezirke, der Landesvorstand, die auf
 2409 Landesebene organisierten Arbeitsgemeinschaften und
 2410 Projektgruppen.
 2411
 2412 (6) Die Anträge zum Landesparteitag müssen mindestens acht
 2413 Wochen vor Tagungsbeginn beim Landesvorstand schriftlich
 2414 eingegangen sein, der sie drei Wochen vor Tagungsbeginn den
 2415 Delegierten bekanntzugeben hat. Anträge aus der Mitte des
 2416 Parteitags (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der
 2417 Parteitag dem zustimmt. Das Nähere bestimmt die
 2418 Geschäftsordnung.
 2419
 2420 (7) Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
 2421 stimmberechtigten Delegierten anwesend sind.
 2422
 2423 (8) Aufgaben des Landesparteitags sind insbesondere:
 2424
 2425 a) Entgegennahme der Berichte
 2426 - des Landesvorstandes,
 2427 - des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin,
 2428 - der RevisorInnen,
 2429
 2430 b) Beschlussfassung über die Berichte zu a),
 2431
 2432 c) Entlastung des Vorstandes in Finanzangelegenheiten,
 2433
 2434 d) Entgegennahme des Berichtes der Landtagsfraktion,
 2435
 2436 e) Wahl des Landesvorstandes,
 2437
 2438 f) Wahl der RevisorInnen,
 2439
 2440 g) Beschlussfassung über Anträge und Entschließungen,
 2441
 2442 h) Aufstellung der Landesliste für die Bundestags- und
 2443 Landtagswahlen gemäß den Bestimmungen der jeweiligen
 2444 Wahlgesetze. Nominierung und evtl. Aufstellung der
 2445 KandidatInnen für die Europawahl. Der Abstimmung liegt ein
 2446 Vorschlag des Landesvorstandes zugrunde, der im
 2447 Einvernehmen der vier niedersächsischen Bezirke zustande
 2448 gekommen sein muss.
 2449
 2450
 2451 **§ 5 Außerordentlicher Landesparteitag**
 2452
 2453 (1) Ein außerordentlicher Landesparteitag ist einzuberufen
 2454
 2455 a) auf Beschluss des Landesparteitages,
 2456 b) auf mit drei Viertel Mehrheit gefassten Beschluss des

Antragskommission:**Streiche § 8 h)**

- 2457 Landesvorstandes,
 2458 c) auf Antrag von mindestens zwei Bezirksvorständen, die jeweils
 2459 mit drei Viertel Mehrheit sich dafür entschieden haben müssen.
 2460
 2461 (2) Die Einberufung des außerordentlichen Landesparteitags
 2462 muss spätestens drei Wochen vor dem beabsichtigten Termin mit
 2463 Angabe der vorläufigen Tagesordnung erfolgen.
 2464
 2465 Die Frist kann in dringenden Fällen vom Landesvorstand
 2466 abgekürzt werden.
 2467
 2468
 2469 **§ 6 Landesvorstand**
 2470
 2471 (1) Der Landesvorstand besteht aus
 2472
 2473 a) dem/der Landesvorsitzenden,
 2474 b) vier stellvertretenden Vorsitzenden,
 2475 c) dem/der SchatzmeisterIn,
 2476 d) 14 BeisitzerInnen
 2477
 2478 Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit der gültigen
 2479 Stimmen erforderlich.
 2480
 2481 Im Landesvorstand und Präsidium sollen die vier Bezirke
 2482 angemessen vertreten sein.
 2483
 2484 e) Der / die vom Landesvorstand gewählte Landes-
 2485 geschäftsführerIn gehört dem Landesvorstand kraft Amtes an.
 2486
 2487 (2)
 2488 Zur Durchführung der Vorstandsbeschlüsse und zur laufenden
 2489 politischen und organisatorischen Geschäftsführung der Partei
 2490 wählt der Landesvorstand aus seiner Mitte den
 2491 geschäftsführenden Vorstand (Präsidium). Dem Präsidium
 2492 gehören die Landesvorstandsmitglieder nach Abs. 1 lit. a-c,
 2493 sowie eine vom Landesvorstand festzulegende Zahl weiterer
 2494 Mitglieder an.
 2495
 2496 Der/die Vorsitzende der Landtagsfraktion, die Bezirks-
 2497 vorsitzenden, und der/die LandesgeschäftsführerIn nehmen
 2498 beratend an den Sitzungen des Präsidiums teil.
 2499
 2500 (3) Beratende Mitglieder des Landesvorstandes sind
 2501
 2502 a) der/die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion,
 2503 b) der/die MinisterpräsidentIn, sofern er/sie von der SPD gestellt
 2504 wird,
 2505 c) die/der Vorsitzende der auf Landesebene organisierten
 2506 Arbeitsgemeinschaften,
 2507 d) der/die GeschäftsführerIn der niedersächsischen
 2508 Landtagsfraktion,
 2509 e) die leitenden GeschäftsführerInnen der Bezirke,

Antragskommission:**Füge hinter § 5 ein:****„§ 5 a****LandesvertreterInnen-
versammlung**

(1) Die Aufstellung der Landesliste für die Bundstags- und Landtagswahlen erfolgt durch eine LandesvertreterInnenversammlung unter Einhaltung der Bestimmungen der jeweiligen Wahlgesetze. Der Abstimmung liegt ein Vorschlag des Landesvorstandes zugrunde, der im Einvernehmen der vier niedersächsischen Bezirke zustande gekommen sein muss.

(2) Die LandesvertreterInnenversammlung wird vom Landesvorstand einberufen; die Zahl der Delegierten legt der Landesvorstand fest. Für die Berechnung der Verhältnisse der Bezirke ist die abgerechnete Mitgliederzahl des letzten Kalenderjahres vor Einberufung der LandesvertreterInnenversammlung maßgebend.

(3) Vorstandsmitglieder haben bei LandesvertreterInnenversammlung nur Stimmrecht, wenn sie zu Delegierten gewählt wurden.“

Ersetze in § 6 Abs.1 b):

„vier“ durch „fünf“

**Ersetze § 6 Abs.1 d)
durch:**

„Beisitzern, deren Zahl durch den Parteitag festgelegt wird.“

Streiche in § 6 Abs.1 S.2:

„absolute“

- 2510 f) der / die Vorsitzende des Landesparteirats
 2511 g) der/die Vorsitzende der Landesgruppe der nieders.
 2512 Bundestagsabgeordneten.
 2513
 2514 (4) Zu den Aufgaben des Landesvorstandes gehören
 2515 insbesondere
 2516
 2517 a) die Leitung des Landesverbandes gemäß dieser Satzung,
 2518 b) Vertretung des Landesverbandes und Koordinierung der
 2519 politischen und organisatorischen Tätigkeit der SPD in
 2520 Niedersachsen gemäß § 2 dieser Satzung,
 2521 c) die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des
 2522 Landesverbandes,
 2523 d) Einberufung und Vorbereitung der Landesparteitage,
 2524 e) Ausführung der Beschlüsse der Landesparteitage,
 2525 f) Vorschläge der Landesliste im Einvernehmen mit den
 2526 Bezirken.
 2527 g) Er leitet die nach Landtagswahlen notwendigen
 2528 Verhandlungen über die Regierungsbildung ein und ist zuständig
 2529 für damit verbundene personelle Überlegungen, auch für
 2530 personelle Vorschläge an die SPD-Landtagsfraktion.
 2531 h) Wahl des/der LandesgeschäftsführerIn und Einstellung der
 2532 MitarbeiterInnen des Landesverbandes.
 2533 i) Aufstellung des Haushaltsplanes für den Landesverband
 2534
 2535 (5) Der amtierende Vorstand soll zwei Wochen vor dem Parteitag
 2536 den Delegierten einen Vorschlag zur Wahl des Vorstandes
 2537 unterbreiten.
 2538
 2539
 2540 **§ 7 RevisorInnen**
 2541
 2542 (1) Der Landesparteitag wählt aus jedem Bezirk eine(n)
 2543 RevisorIn.
 2544
 2545 (2) Die RevisorInnen dürfen nicht dem Landesvorstand
 2546 angehören und sind nur dem Landesparteitag verantwortlich.
 2547
 2548
 2549 **§ 8 Landesparteirat**
 2550
 2551 Der Landesparteirat hat die Aufgabe, über wichtige
 2552 landespolitische Schwerpunkte und Initiativen der
 2553 niedersächsischen SPD zu beraten. Zudem wird dort regelmäßig
 2554 über die Arbeit des Landesvorstandes informiert.
 2555
 2556 Der Landesparteirat besteht aus 100 Mitgliedern. Jeder
 2557 Unterbezirk erhält ein Grundmandat die weiteren Mandate
 2558 werden nach Mitgliederstärke verteilt. Jeder Bezirk erhält zwei
 2559 Landesparteiratsmitglieder. Der Landesparteirat wählt aus seiner
 2560 Mitte eine/einen Vorsitzende/n und drei stellv. Vorsitzende. Der
 2561 Landesparteirat tagt mindestens drei Mal pro Jahr. Der
 2562 Landesvorstand, der Vorstand der niedersächsischen Landes-

Antragskommission:**Ersetze § 6 Abs.4 f)
durch:**

„Vorschläge der Landesliste, die im Einvernehmen der vier niedersächsischen Bezirke zustande gekommen sein muss, an die Landesdelegiertenkonferenz.“

**Ergänze hinter § 8 Abs.2
S.2:**

„Unterbezirke und Bezirke können Ersatzdelegierte wählen.“

2563 gruppe im deutschen Bundestag, der/die Vorsitzende der SGK
 2564 und der/ die parlamentarische GeschäftsführerIn und der/die
 2565 FraktionsgeschäftsführerIn der Landtagsfraktion nehmen
 2566 beratend an den Sitzungen des Landesparteirats teil.

2567

2568

2569 § 9 Foren

2570

2571 (1) Zur inhaltlichen politischen Arbeit der SPD in Niedersachsen
 2572 können auf Beschluss des Landesvorstandes Foren eingerichtet
 2573 werden. Die Foren erhalten den Auftrag, die Inhalte
 2574 sozialdemokratischer Politik in ihrem Themenbereich zu
 2575 erarbeiten. Die Mitarbeit von Personen, die nicht Mitglied der
 2576 Partei sind, ist gewünscht.

2577

2578 (2) Die Foren haben Antrags- und Rederecht auf dem
 2579 Landesparteitag.

2580

2581

2582 § 10 Fachausschüsse

2583

2584 Der Landesverband kann zu seiner fachlichen Beratung
 2585 Fachausschüsse berufen.

2586

2587

2588 § 11 Finanzierung

2589

2590 (1) Die Finanzierung des Landesverbandes erfolgt mit
 2591 Zustimmung aller Bezirke. Der Landesverband verfügt über die
 2592 ihm zur Verfügung stehenden Mittel in eigener Verantwortung.

2593

2594 (2) Der Landesverband Niedersachsen richtet als ständiges
 2595 Gremium eine Personal- und Finanzkommission ein. Ihr gehören
 2596 die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister und leitenden
 2597 Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer des
 2598 Landesverbandes und der Bezirke in Niedersachsen an.

2599

2600 (3) Die Personal- und Finanzkommission hat die Aufgabe einer
 2601 gemeinsamen Finanz- und Personalentwicklung für den
 2602 Landesverband und die Bezirke in Niedersachsen. Haushalts-
 2603 und Stellenpläne des Landesverbandes und der Bezirke sind in
 2604 der Personal- und Finanzkommission zu beraten und im
 2605 Einvernehmen der Vorstände zu beschließen.

2606

2607

2608 § 12 Mitgliederbegehren/Mitgliederentscheid

2609

2610 (1) Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs
 2611 ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle eines
 2612 Organs fassen. Der oder die Kandidat(in)der SPD für das Amt
 2613 des niedersächsischen Ministerpräsidenten oder der
 2614 niedersächsischen Ministerpräsidentin kann bei mehreren
 2615 Bewerberinnen oder Bewerbern durch Mitgliederentscheid

Antragskommission:

Streiche § 9 Abs.2.

Ersetze § 11 Abs.3 S.2 durch:

„Die Wirtschaftspläne und mittelfristigen Finanzplanungen des Landesverbandes und der Bezirke sowie Stellenpläne sind in der Personal- und Finanzkommission vor der Beschlussfassung zu beraten und mit einer Empfehlung zu versehen.“

2616 bestimmt werden. Bei der Bestimmung des Kandidaten oder der
2617 Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten oder der
2618 Ministerpräsidentin ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der
2619 abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat kein Kandidat
2620 oder keine Kandidatin diese Mehrheit erhalten, so findet
2621 zwischen den beiden Bestplatzierten eine Stichwahl statt.
2622 Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

2623

2624 (2) Gegenstand eines Entscheids können nur solche Beschlüsse
2625 sein, die nicht durch Parteiengesetz oder durch andere Gesetze
2626 ausschließlich einem Organ vorbehalten sind. Im Übrigen gelten
2627 die Bestimmungen des § 13 Abs. 2 des Organisationsstatutes
2628 der SPD analog.

2629

2630 (3) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines
2631 Mitgliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss einen
2632 konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen
2633 versehen sein. Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist
2634 von drei Monaten von 10 Prozent der Mitglieder unterstützt wird.

2635

2636 (4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es

2637 a) der Landesparteitag mit einfacher Mehrheit oder

2638 b) der Landesvorstand mit Dreiviertelmehrheit

2639 beschließt.

2640 Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen
2641 Entscheidungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen
2642 sein.

2643

2644 (5) Im Falle eines Mitgliederbegehrens kann der Landesvorstand
2645 einen eigenen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen.

2646

2647 (6) Durch den Mitgliederentscheid wird eine verbindliche
2648 Entscheidung gegenüber dem zuständigen Organ getroffen, an
2649 das der Mitgliederentscheid gerichtet ist. Der Entscheid ist
2650 wirksam, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme
2651 abgegeben haben, mindestens aber 1/4 der stimmberechtigten
2652 Parteimitglieder zugestimmt haben. Innerhalb von zwei Jahren
2653 nach dem Mitgliederentscheid kann der Landesparteitag mit 2/3-
2654 Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, danach genügt die
2655 einfache Mehrheit.

2656

2657 (7) Der Landesvorstand beschließt eine Verfahrensrichtlinie zur
2658 Durchführung des Begehrens und des Entscheids.

2659

2660

2661 **§ 12a Verfahren des Mitgliederentscheids**

2662

2663 (1) Der Landesvorstand setzt Tag und Zeit der Abstimmung fest.
2664 Die Abstimmung muss innerhalb von drei Monaten durchgeführt
2665 werden.

2666

2667 (2) Termin und Gegenstand sind spätestens zwei Wochen vor
2668 dem Abstimmungstag zu veröffentlichen.

Antragskommission:

2669
 2670 (3) Die Abstimmung wird innerhalb der Unterbezirke in
 2671 unmittelbarer und geheimer Form vorgenommen. Jedes Mitglied
 2672 hat eine Stimme. Es finden einheitliche Stimmzettel
 2673 Verwendung, die den Abstimmungsgegenstand so darstellen,
 2674 dass eine Beantwortung mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist.
 2675

2676 (4) Der Landesvorstand ist für die rechtzeitige Veröffentlichung
 2677 sowie für die Herstellung der Stimmzettel und deren Verteilung
 2678 verantwortlich. Die Unterbezirke leiten die Stimmzettel an die
 2679 Ortsvereinsvorstände weiter.
 2680

2681 (5) Die Unterbezirksvorstände sind für die Durchführung der
 2682 Abstimmung verantwortlich. Insbesondere müssen sie den
 2683 Mitgliedern Abstimmungszeit, Abstimmungslokal und
 2684 Gegenstand der Abstimmung in geeigneter Weise bekannt
 2685 geben, für die geheime Abstimmung Vorkehrungen treffen, über
 2686 die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen entscheiden, den
 2687 Abstimmungsvorgang protokollieren und das Ergebnis mitsamt
 2688 den Stimmzetteln und Abstimmungsprotokollen unverzüglich an
 2689 den Landesverband weiterleiten.
 2690

2691 (6) Die Unterbezirke teilen das zusammengefasste
 2692 Abstimmungsergebnis dem Landesvorstand mit. Stimmzettel
 2693 und Abstimmungsprotokolle sind beim Landesverband für die
 2694 Dauer eines Jahres aufzubewahren.
 2695

2696 (7) Der Landesvorstand fasst die Abstimmungsergebnisse der
 2697 Unterbezirke zusammen und veröffentlicht das Gesamtergebnis
 2698 der Abstimmung.
 2699

2700

2701 **§ 13 Schlussbemerkungen**

2702

2703 (1) Änderungen dieser Satzung bedürfen der zwei Drittel
 2704 Mehrheit des Landesparteitages, sofern nicht ein Bezirk dem
 2705 widerspricht.
 2706

2707 (2) Soweit in dieser Satzung keine Regelungen getroffen sind,
 2708 gelten das Organisationsstatut und die Wahlordnung der SPD
 2709 entsprechend.
 2710

2711 (3) Die Satzung tritt mit Beschluss des Landesparteitages in
 2712 Kraft.
 2713

Antragskommission:

2714 **Antrag Nr. S 2**

2715

2716 **Antragsteller: SPD-Juso-Landesvorstand**

2717

2718 Der ordentliche Landesparteitag möge beschließen:

2719

2720

2721

2722

2723 **Änderungsantrag zur neuen Satzung**

2724

2725

2726 **§ 12 Abs. 3**

2727

2728 [...] Es kommt zustande, wenn es binnen einer Frist von drei Monaten
2729 von **3%** der Mitglieder unterstützt wird.

2730

2731 Ändere: 3% statt 10% der Mitglieder

2732

2733

2734

2735

2736 **§ 12 Abs. 6**

2737

2738 [...] Der Entscheid ist wirksam, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre
2739 Stimme abgegeben haben, zustimmt. [...]

2740

2741 Streiche: „mindestens aber $\frac{1}{4}$ der stimmberechtigten Parteimitglieder“

2742

Antragskommission:

Empfehlung:

Ablehnung